

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

september 73 nr 54



STREIK

2/68/74

Einer der längsten Streiks in der Nachkriegsgeschichte der österreichischen Klassenkämpfe ist vorbei. Siebzehn Tage streikten die rund 1300 Arbeiter der Ybbstaler Betriebe des

Einzelpreis S 5,-
Jahresabonnement S 50,-

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

Redaktionskollektiv:
Olga Makomaski, Hannes Morschl, Zsolt Patka,
Manfred Pawlik, Alfred Prandl, Fritz Zaun

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a,
Telefon: 34 67 145.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10,
Telefon: 65 19 52.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien

Inhalt

	Seite
Streik	1
Die Lehren ziehen sie selbst	2
Kommunalpolitisches Engagement	9
Probleme der Organisation	12
P.S.: Weltjugendfestspiele Berlin	17
Österreichs Justiz: Blind?	18
Solidarität	19
Süd-Vietnam	20
Bericht	21
Briefe	23

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt
der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
vielfältiger: Freie Österreichische Jugend -
Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt
verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien,
Belvederegasse 10/1.

Die Lehren ziehen sie selbst

Die Lehren aus dem Juni-Streik der Böhler-Arbeiter im Ybbstal werden diese selbst ziehen. Die Linke, die mit ihren Solidaritätsbeweisen ihren selbstverständlichen und wichtigen Beitrag zu diesem Streik geleistet hat, wird gut daran tun, nichts zu verschreien, denn es gibt nichts zu verschreien.

Die Gruppen, die nunmehr jahraus-jahre in vor bestimmten Fabrikstoren in Wien stehen und so regelmäßig "in die Betriebe hineinarbeiten", waren so wichtig oder unwichtig bei der Streikbewegung bei Böhler wie jene, die vor allem auf Grund ihrer eigenen Mitgliederstrukturen davon überzeugt sind, daß die äußere Belagerung der Betriebe durch Propagandatruppen linker intellektueller "Avantgarden" soviel und so wenig strategische Bedeutung hat, wie das unerschrockene allnächtliche Ständchen eines unermüdeten Werbenden unterm Fenster seiner Verehrten. Es muß nicht immer mit einem Kübel kalten Wassers beantwortet werden, selbst wenn es an grundlegendem Verständnis und echter Sympathie mangelt. Beharrliches Werben weckt zum mindesten Gefühle des Geschmeicheltseins, auch ist es eine nicht unwillkommenen Abwechslung mitten im grauen Alltagseinerlei.

Jenseits aller positiven und negativen Einschätzung aber solcher "Betriebsarbeit" sollte bezüglich des Böhlerstreiks ein Aspekt gemeinsam als der positivste Erfahrungswert dieser Kampfaktion der österreichischen Arbeiterschaft erkannt und festgehalten werden: das nicht genug zu würdigende Moment der Eigeninitiative, der schöpferischen Spontaneität, das hier zu Tage trat. Es ist dabei klar, daß die "älteren" und erfahreneren, die kommunistischen und in kämpferischen Tradition geschulten Kollegen bald mit an die Spitze dieses spontanen Streiks gelangten und die unerläßliche organisatorische Arbeit mitbestimmten, ohne die alles Selbsttätigwerden der Arbeiter bald versanden und zugrundegehen würde. Wäre dieser Streik von einer unserer studentischen "Avantgarden" von Anfang an mitorganisiert und geführt worden, wären wahrscheinlich einige politische Fehler vermieden worden, die beim Juni-Streik bei Böhler mitunter aufgetreten sind. Es wäre nichtsdestoweniger jammerschade um diese nichtgemachten Fehler gewesen, aus denen die Böhler-Arbeiter nämlich mehr gelernt haben, als aus Dutzenden von Flugblättern, die nunmehr jahraus-jahre in vor Betrieben verteilt werden. Vor allem wäre der Beweis nicht erbracht worden für die immer wieder zu verteidigende Erkenntnis, die bei Böhler aufs Neue bestätigt wurde:

DIE BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE MUSS DAS
WERK DER ARBEITERKLASSE SELBST SEIN!

Z. P.

Böhlerkonzerns (Böhlerwerk 600, Gerstlwerk 500, Bruckbach 200) um S 2,50 innerbetriebliche Lohnerhöhung, einheitlich für alle gleich, zu erreichen. Der Vorstand des verstaatlichten Konzerns versicherte sich der Unterstützung durch Gewerkschaft und Zentralbetriebsrat und schaltete dann auf stur. SPÖ-„Kaiser“ und die Führung der Metallarbeitergewerkschaft unternahmen alles um den Streik zu brechen. Mitte der dritten Streikwoche resignierten die Arbeiter, nahmen die vor dem Streik gebotenen S1,— bis S1,80 pro Stunde an und brachen organisiert den Streik ab.

Wie kam es dazu:

Um die Ursachen und die Bedeutung des Streiks für die gesamte Arbeiterschaft zu erkennen, aber auch um zu verstehen daß er, trotz Nichterreichung des Zieles, Erfolge gebracht hat, muß man sich sowohl die innenpolitische Situation, als auch die Verhältnisse im Böhler-Konzern vergegenwärtigen.

LOHNPOLITIK DES ÖGB

Der Streik bei Böhler fällt in die Periode zwischen dem Lohnstoppakt (Stabilisierungsabkommen) des ÖGB mit den Unternehmern und der angekündigten Lohnrunde im Herbst. Als Ende 1972 die Inflationsrate (Teuerung) in bisher ungeahnte Höhen gestiegen war (6-7 %; Rekord unter der ÖVP-Alleinregierung war rund 4 %) und ein weiterer Preisauftrieb durch die Mehrwertsteuer unmittelbar bevorstand, präsentierten SPÖ-Regierung, ÖGB-Führung und die Unternehmerorganisationen ein Stabilisierungsabkommen als Wundermittel. Dessen entscheidender Inhalt war ein Lohnstopp bis Sommerbeginn 1973. Alles andere, wie Preisdisziplin der Unternehmer, Kreditbremse und verschiedene gesetzliche Maßnahmen war unverbindlich, unkontrollierbar und daher undurchsetzbar; es hatte reinen Verschleiерungscharakter. Tatsache war: der Druck auf die Profite, hervorgerufen durch EWG-Eintritt, Mehrwertsteuerumstellung, Zusammenbruch des kapitalistischen Währungssystems, Absatzschwierigkeiten usw., sollte durch einen massiven Lohndruck ausgeglichen werden. Die Arbeiter und Angestellten sollten die Kosten einer sich ankündigenden Krise des kapitalistischen Systems bezahlen. SPÖ-Spitze in Regierung und Gewerkschaft machten sich zu Vollstreckern dieser Politik.

Vorerst blieb die sehr schwache Aufklärungstätigkeit der Linken in den Betrieben ohne wesentlichen Widerhall. Als aber die Preise weiter unaufhaltsam stiegen (Teuerungsrate Jänner - Mai 7,9-8,2 %), die Antreiberei in den Betrieben immer stärker wurde und sich in der Praxis zeigte, daß durch den Lohnstopp, der offiziell nur die überbetrieblich geregelten Löhne betraf, auch innerbetriebliche Lohnerhöhungen fast unmöglich wurden, daß das Realeinkommen sank, wurden große Teile der Arbeiterschaft hellhörig. Der Glanz des "modernen Österreich" in dem sich die SPÖ die ersten Jahre ihrer Regierungstätigkeit sonnte, wurde matt. Die Gewinne der KPÖ und auch des ÖAAB bei Betriebsratswahlen, sowie die Niederlagen der SPÖ in Graz und Kärnten zeigten dies ziemlich deutlich, wenn auch da und dort andere Faktoren mitspielten.

Spätestens als Benya im Sommer in einem Kronen-Zeitungsinterview die Marschroute für die Lohnverhandlungen im Herbst selbstherrlich mit "nicht unter 10 %" festlegte (jeder weiß, daß die in der ÖGB-Sprache bedeutet: kaum mehr als 10 %) und die Vorbereitungen dieser Lohnverhandlungen in noch kleineren Gremien, noch geheimer und undemokratischer als bisher anliefen, begann die Masse der Arbeiter zu rechnen und zu denken. Es wurde klar, daß von der versprochenen Erhöhung des Realeinkommens von mindestens 3 % jährlich, 1973 nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil, der Lebensstandard ist in ernster Gefahr zu sinken.

Dies allein hat aber in den meisten Betrieben nicht genügt, um Lohnkämpfe auszulösen. Wo dies dennoch geschah, am deutlichsten bei Böhler, sind immer innerbetriebliche Mißstände dazu gekommen. ▽

STIEFKIND DES KONZERNS

In den Böhler Ybbstalwerken wurden einst die höchsten Löhne weit und breit bezahlt. Das ist ferne Vergangenheit. Derzeit liegen die Durchschnittsstundenlöhne bei S 28,80 (brutto), dabei sind schon alle Zulagen (Akkord, Schicht, Schmutz, Gefahr) eingebaut. Dies hat den zusätzlichen Nachteil der erhöhten Besteuerung. Ein Teil dieser Zulagen wäre, wenn diese nicht im Lohn eingebaut wären, steuerfrei. Auch ein Glanzstück der SP-Betriebsratsmehrheit, das sie sich vor einigen Jahren geleistet hat. Der Lohndurchschnitt der übrigen Böhlerwerke z. B. Kapfenberg liegt um 4-5 Schilling höher. Einzelne Facharbeiter mit gleicher Ausbildung und gleicher Tätigkeit verdienen in Kapfenberg bis zu S 7, -- mehr pro Stunde als ihre Kollegen im Ybbstal. Und das im gleichen Konzern. Ähnlich ist auch das Verhältnis zu kleineren Metallbetrieben in der niederösterreichischen Umgebung. Durch den Zusammenschluß von VÖEST und Alpine bei gleichzeitiger Angliederung von Böhler als Tochterunternehmen, drängt sich auch ein Vergleich mit den VÖEST-Löhnen auf, der noch deutlicher zu Ungunsten der Ybbstalarbeiter ausfällt. Dabei muß man berücksichtigen, daß es innerhalb des Betriebes gewaltige Unterschiede gibt. Regiearbeiter ohne Zulagen erreichen rund 23-24 Schilling und die Frauenlöhne liegen in den Ybbstalwerken zwischen 18 und 19 Schilling (immer brutto); und bei jeder prozentuellen Erhöhung vertiefen sich diese Unterschiede.

JAHRELANGER KAMPF GEGEN BENACHTEILIGUNG

Seit vielen Jahren führen die Böhler Ybbstalarbeiter einen Kampf gegen diese Ungerechtigkeit. Bereits 1970 kam es zu einem kurzen Streik, der aber nur einen minimalen Erfolg brachte. Die Konzernleitung berief sich immer auf die angeblich so geringe Rentabilität und schlechte Ertragslage dieser Betriebe. Auch die abgedroschene Geschichte vom schlechten Zustand, in dem der Betrieb 1955 von der sowjetischen Verwaltung übernommen wurde, mußte immer wieder herhalten. Von Seiten der Gewerkschaft und des Zentralbetriebsrates in der Steiermark gab es zwar immer wieder schöne Versprechungen, aber wenn es um konkrete Forderungen ging, machten sich diese "Arbeitervertreter" immer den Standpunkt der Direktion zu eigen. Auch im eigenen Betriebsrat hatten die Ybbstaler Kollegen nicht die Stütze, die er eigentlich sein sollte. Gut, sie haben ihn sich selbst gewählt, aber jeder weiß unter welchen Umständen in ruhigen Situationen eine BR-Wahl vor sich geht. In allen drei Betrieben gibt es eine gesicherte haushohe SP-Mehrheit. Die KPÖ, die vor 1955 lange Jahre die Mehrheit innehatte, ist politisch im Mißkredit. Wenn auch ihre Vertreter im Betriebsrat, als Gewerkschaftler persönliches Ansehen bei den Kollegen haben, so begreift doch die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, daß ihre Stimme für diese Kandidaten, eine Zustimmung zur Politik der KPÖ ist; und sie läßt es bleiben, zumindest in ruhigen Zeiten. Der ÖAAB, der sich große Hoffnungen auf die in letzter Zeit sehr zahlreichen jungen Zuwanderer aus ländlichen, katholischen Kreisen machte, sah diese herb enttäuscht. Der arbeiter-

feindliche Charakter der ÖVP ist zu deutlich sichtbar, trotz aller Demagogie und auch trotz ehrlicher christlicher Arbeitervertreter im Betrieb.

Andere Alternativen gibt es nicht. Dazu kommt, daß die SPler ihre Positionen in Betrieb, Gemeinde, Geschäftsleitung und Gewerkschaft hemmungslos ausnützen. Zuckerbrot und Peitsche, Freunderlwirtschaft und Diskriminierung jeder Opposition gehört zum Alltag eines SP-Betriebskaisers. Und vor allem strikte Unterordnung unter die Parteipolitik entsprechend den Erfordernissen der Regierung. Für Demokratie, Mitbestimmung der Arbeiter, Kontrolle oder gar Klassenkampf ist da kein Platz.

KALTWALZER FORDERN EINHEITLICH ZWEI SCHILLING FÜNFZIG

In dieser Situation des Unbehagens und der Unzufriedenheit sah sich der Betriebsrat veranlaßt, dem Druck der Belegschaft nachzugeben und innerbetriebliche Lohnverhandlungen einzuleiten. Diese begannen am 21. März. Ohne vorherige Betriebsversammlung, ohne die Höhe der Forderungen mit der Arbeiterschaft zu beraten, ja überhaupt ohne Information, daß Verhandlungen stattfinden. Die drei Betriebsratsobmänner verhandelten allein mit dem Vorstand, nicht einmal die restlichen Betriebsratsmitglieder wußten, um wieviel es geht. Das stille Kämmerlein wurde zum Ort aller Dinge. Während der drei Monate zäher, lustloser Verhandlungen gab es keine einzige Versammlung oder Information. Mehr zufällig als sonstwie wurde in den Betrieben bekannt, daß verhandelt wird.

Die erste spontane Reaktion kam von den rund 200 Kaltwalzern des Gerstlwerkes. Sie teilten dem Obmann mit, daß er "unter zweifufzig, sich gar nicht aus dem Kammerl herausrauben soll".

Am 20. Juni, einem Mittwoch vor einem Feiertag, war es dann so weit. Das Ergebnis wurde angeschlagen: 4 %, das sind S 1,- bis S 1,80 pro Stunde für manche Frauen noch weniger. Man hoffte, daß die Empörung über den Feiertag, bzw. Wochenende abklingen wird. Am Freitag wurde heftig diskutiert, im Kaltwalzwerk fast nicht gearbeitet. Eine Delegation ging, vorerst ganz unorganisiert, zum Betriebsrat und teilte mit: das Ergebnis ist ungenügend, wir verlangen S 2,50 für jeden (rund 8 %) - wenn es nicht im Guten geht, dann wird Montag früh abgestellt.

JUNGE STELLEN DAS GERSTLWERK AB

Die erste Montagschicht des Kaltwalzwerkes (nach Aussage des späteren Streikkomitees lauter junge Arbeiter, die aus der Landwirtschaft kommen - Betriebsjargon: Bauernschicht), kommt in den Betrieb, sieht weit und breit keinen Betriebsrat und macht ernst. Sie stellen die Anlagen ab und Streikschilder auf. Die später in den Betrieb Kommenden schließen sich an. Um die Mittagszeit findet eine Vollversammlung statt. Der Streik und die Forderung nach S 2,50 werden in einer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossen und ein Streikkomitee mit je einem Vertreter

jeder Abteilung gewählt. Betriebsrat ist keiner dabei, die meisten sind Mitglieder der SPÖ. Wenig später das gleiche im Böhlerwerk. Die Metallarbeitergewerkschaft wird informiert und aufgefordert, den Streik anzuerkennen und Vertreter ins Ybbstal zu entsenden. Die Betriebsräte und ihre Obmänner verhalten sich passiv, sie wagen es nicht, gegen den Streik aufzutreten, setzen sich aber auch nicht an die Spitze. (Jetzt kenne ich den Unterschied zwischen einem sogenannten "wilden" Streik und einem von der Gewerkschaft ausgerufenen: ersterer ist demokratischer und stützt sich auf den Willen der Arbeiter im Betrieb).

WERK BRUCKBACH SOLIDARISCH - GEWERKSCHAFT NICHT

Im Werk Bruckbach ist die Arbeit besonders schwer und die Löhne etwas höher als in den beiden anderen Werken. Die Unzufriedenheit war etwas kleiner und der Betriebsratsobmann nicht ganz so ungeschickt. Daher nimmt die Mehrheit der Arbeiter das Verhandlungsergebnis relativ widerspruchslos zur Kenntnis. Als aber die anderen Werke in den Streik treten und Solidarität fordern, wird diese mit großer Mehrheit als Selbstverständlichkeit gewährt. Am zweiten Streiktag steht auch das Werk Bruckbach.

Der Vorstand ist nicht gesprächsbereit, gar nicht auffindbar. Die SP-Betriebsräte sind von der Bildfläche verschwunden - sie sollen bald wieder unrühmlich auftauchen. Von der Metallarbeitergewerkschaft kommt kein Lebenszeichen - verbürgter Ausspruch eines Spitzenfunktionärs: "denen geht e bald die Luft aus, net amal ignorieren". Die Streikkomitees beginnen den Kampf zu organisieren. Streikanwesenheitskontrollkarten werden ausgegeben und täglich gestempelt, Presseaussendungen gemacht, die in die Redaktionspapier-

körbe wandern. Der Streik wird totgeschwiegen - man versucht es jedenfalls. Die Streikkomitees haben zuwenig Kampferfahrung (woher auch?) oder zuviel Hemmungen, um die Arbeiter der umliegenden Betriebe zu mobilisieren. Es werden keine Delegationen ausgeschickt.

DER KAMPF SPITZT SICH ZU

Den Streikenden ist wieder Erwarten in der ersten Woche nicht die Luft ausgegangen. Gewerkschaft und SPÖ werden aktiv. Metallarbeitervorstand teilt Nichtanerkennung des Streiks mit und fordert bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Zu den Streikenden kommt kein Funktionär. Die Betriebsratsobmänner sind wieder da und versuchen die Kollegen zum Arbeiten zu überreden. Das Streikkomitee wird in einem Flugblatt verleumdet, der Streik als von Kommunisten angezettelt verteufelt. Lokale Funktionäre der SPÖ und mittlere bis hohe Böhlerangestellte wandern von Wohnung zu Wohnung, machen Versprechungen, drohen, üben Druck aus und versuchen besonders die Frauen der Arbeiter einzuschüchtern; meistens werden sie sanft aber deutlich hinausbefördert. Der Vorstand droht mit der Abmeldung von der Sozialversicherung und wirbt um Streikbrecher; erfolglos.

Die Solidarität, organisiert von Linksgruppen und der KPÖ, beginnt anzulaufen. Langsam und schwach, aber doch. Telegramme, Geldspenden und Delegationen gelangen ins Ybbstal. War auch schon Zeit: erste Ermüdungserscheinungen, Geldschwierigkeiten besonders bei kinderreichen Alleinverdienern machen sich bemerkbar. Die zuständige Gewerkschaft verweigert die Streikunterstützung (Streikfonds von rund einer Milliarde liegt bei der BAWAG). Die "AZ" schreibt erstmals und läßt sich von Benya sagen, daß Lohn-



DIE UNTERZEICHNETEN BETRIEBSRÄTE UND FUNKTIONÄRE DER FÖJ - BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS, UNTERSTÜTZEN AUS GANZEM HERZEN EUREN GERECHTEN LOHNSTREIK. ALS ANGESTELLTE UNTERSTREICHEN WIR DIE NOTWENDIGKEIT DER SOLIDARITÄT MIT DEN ARBEITERN. IN EINER ZEIT DER PREIS- UND PROFITEXPLOSION WIDERSPRICHT DIE GEHEIME VERHANDLUNGSTAKTIK DER GEWERKSCHAFTSSPITZEN DEN INTERESSEN DER GESAMTEN ARBEITERSCHAFT. WIR BEGRÜSSEN DAHER DEN EINSATZ DES KAMPFMITTELS STREIK UND WÜNSCHEN EUCH EINEN VOLLEN ERFOLG. IN UNSEREN BETRIEBEN INFORMIEREN WIR ÜBER EUREN, VON DEN MASSEN MEDIEN VERSCHWIEGENEN, KAMPF UND WERDEN SOLIDARITÄTSSPENDEN ÜBERWEISEN.

FÜR DIE FÖJ - BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS

DÜRR HEINZ - VERSTRAUENSMANN STÄDTISCHE VERSICHERUNG
KIELMANSEGG ALEXANDER - BR WIRTSCHAFTSTREND VERLAG
MAKOMASKI ERICH - BR ERSTE ALLGEMEINE VERSICHERUNG
PRANDL ALFRED - BROSTELLV. FILMSATZZENTRUM DEUTSCH-WAGRAM
PUSCHNIGG FRANZ - BRO ODÖRFER GRAZ
SCHREMS GEORG - BROSTELLV. SPARKASSENVERLAG
STICHT ANTON - PERSONALVERTRETER ELEKTROTECHNISCHE VERSUCHSANSTALT
SZYMURA MARGIT - BRO RUTNER WIEN

Solidaritätstelegramm des Betriebsarbeitskreises der FÖJ - Bewegung für Sozialismus

Wir bringen nachstehend eine Aufstellung von uns bekannten Spenden:

FÖJ – Bewegung für Sozialismus	2370. – S, gesammelt bei Mitgliedern und Freunden
GRM	fast 3000. – S, gesammelt bei Wiener Betrieben und in der Organisation
Arbeitsgemeinschaft für GE	1000. – S
ZK der KPÖ	10.000. – S
Zentrale Gewerkschaftsfraktion der KPÖ	5000. – S
Zeitschrift "Arbeiterkampf"	500. – S
Innsbrucker ML-Gruppe	1000. – S
Wiener ML-Gruppen	Summe nicht bekannt

In einer nicht näher bekannten Zahl von Betrieben wurden auf Initiative von Betriebsräten der Arbeitsgemeinschaft GE oder der KP-Fraktion Sammlungen durchgeführt bzw. Spenden aus der Betriebsratskasse überwiesen.

Summe aller Streikspenden insgesamt rund S 50.000. –.

Funktionäre der SP-Fraktion oder des ÖAAB beteiligten sich offiziell an keiner dieser Spendenaktionen.

kämpfe ohne Gewerkschaftsunterstützung zum Scheitern verurteilt sind und daß eine Unterstützung nicht in Frage kommt. Kurze Notizen in den bürgerlichen Zeitungen. ÖVP versucht ihr Süppchen auf den Flammen des Streiks zu kochen. Mock kommt in den Betrieb. Empfang: sehr kühl. Die Arbeiter wissen genau, wer ihre Freunde sind und wer nicht. Streikspenden, auch die kleinsten von kleinen linken Gruppen und einzelnen Firmen werden mit Begeisterung quittiert. Die kämpferische Einheit hält.

GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG WIRD NERVÖS

In den ersten beiden Wochen des Streiks setzen die Arbeiter mehrerer Betriebe der Umgebung scheinbar mühelos innerbetriebliche Lohnerhöhungen durch. Das Schreckgespenst Streik lähmt die Unternehmer. Die Angst vor dem ansteckenden Beispiel ist groß. Auch bei der Gewerkschaftsführung und der Regierung. Sie wollen sich nicht ihre "Lohnpolitik" gefährden lassen. Nichts schreckt sie mehr, als ein erfolgreicher "wilder" Streik, als eine mündige Arbeiterschaft, die gegen die Sozialpartnerschaft aufmuckt. Sie fahren mit schweren Geschützen auf.

Zur Vollversammlung aller drei Betriebe am Freitag der zweiten Streikwoche kommt der Zentralsekretär der Metallarbeitergewerkschaft Sepp Wille (Nationalrat), der ÖGB-Bezirkssekretär, der Betriebsratsobmann aus Kapfenberg und der Zentralbetriebsratsobmann des Böhlerkonzerns Gruber (steirisches Landesregierungsmitglied). Diese vier Sozialpartnerschaftsaposteln zeigen was sie gelernt haben. Alle Abwürg-Register werden gezogen. Nichts wird ausgelassen.

Man bestätigt sich gegenseitig, was für ein edler Arbeiterfreund man ist, wie gut man es meint und was die Gewerkschaft alles geleistet hat und noch wird, wenn nur endlich der Streik abgebrochen wird. Die antikommunistische Putschlüge wird aufgewärmt, die These vom gemeinsamen Boot, das man nicht schaukeln darf, wird hervorgeholt. Dann kommt das Märchen von den verstaatlichten Betrieben, die doch uns allen gehören. Die beiden fürchterlichen Ungeheuer Arbeitslosigkeit und Inflation sind auch da. EWG, Schillingaufwertung, Kostendruck, Mehrwertsteuer, harte Konkurrenz, notwendige Investitionen und die Verluste von Böhler-Düsseldorf müssen erhalten. Das ganze gipfelt in einem flammenden Appell gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter und in der Vision eines von den Streikenden hergestellten Trümmerhaufens der Böhlerwerke.



WILDER STREIK



Schlußfolgerung: die Forderungen sind unberechtigt, daher keine Unterstützung durch die Gewerkschaft, nehmt was euch geboten wurde, vertraut uns und wartet auf die Lohnrunde im Herbst, die für alle wahrscheinlich 12 % bringen wird.

Forderung: Verzichtet, macht sofort eine Urabstimmung und beginnt noch heute mit der Arbeit.

Einzigste Versprechung: wenn der Streik abgebrochen ist, wird es vielleicht in Nachhinein eine Streikunterstützung geben (er, Wille, ist zum mindesten dafür) und Ungerechtigkeiten werden überprüft.

Ein Kompromißvorschlag des Streikkomiteeobmannes Pabst: 8 % und über eine teilweise Einbeziehung der umstrittenen 4 % in die allgemeine Erhöhung im Herbst wird weiterverhandelt - wird von den Gewerkschaftsfunktionären überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Ein Großteil der rund 1000 anwesenden Arbeiter sind vor Empörung sprachlos, ein Teil macht sich Luft durch Zwischenrufe und Pfeifkonzerte, einige melden sich zu Wort und sprechen Gewerkschaft, sowie Betriebsrat, dessen Neuwahl sie fordern, das Mißtrauen aus. Die richtige Antwort kommt zwei Stunden später: bei der Urabstimmung im Böhler- und Gerstelwerk sprechen sich rund 56 % für die Fortsetzung des Streiks aus. Nur im kleinen Werk Bruckbach findet sich eine Mehrheit für die Arbeitswiederaufnahme.

DIREKTION FÜHLT SICH STARK

Gestärkt durch das Verhalten der Gewerkschaft und ermutigt durch die relativ schwache Mehrheit für den Streik, lehnt der Vorstand von Böhler auch den Kompromißvorschlag ab. Flugblätter, in denen die Sozialversicherungsabmeldung offiziell angekündigt und zu Streikbruch aufgerufen wird, werden verteilt. Streikbruchversuche unter Führung von Angestellten (SPÖ-Mitglieder) mißlingen zwar, aber der Streikwille der meisten Arbeiter ist gebrochen. Von ihren Betriebsräten und dem ÖGB in Stich gelassen, sehen sie keine Möglichkeit, den Streik erfolgreich fortzusetzen. Das Streikkomitee bereitet mit einer wohlüberlegten Erklärung über die wahren Ursachen der Erfolglosigkeit die organisierte Beendigung des Streiks vor. In Vollversammlungen am 17. Streiktag wird die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

NACH DEM STREIK

Im Böhlerwerk und Gerstelwerk wird versucht, die notwendige 2/3 Mehrheit für einen Mißtrauensantrag und damit eine Neuwahl des Betriebsrates zustandezubringen. Es ist fraglich, ob dies gelingt. Die SPÖ hat sich vom Schreck erholt und ist dabei, ihre Mitglieder zu vergattern. Wer sich nicht vergattern läßt, wird unter Druck gesetzt - Streikobmann Pabst wurde schon mit dem Ausschluß gedroht - oder isoliert, was aber immer schwerer möglich wird. Einige sind aus der SPÖ ausgetreten, und die KPÖ versucht jetzt den Rahm abzuschöpfen; wenn es gelingt, jetzt Neuwahlen zu erreichen, würden sie sicher Mandate gewinnen. Aber auch wenn es nicht gelingt, jetzt schon die politischen Schlußfolgerungen aus dem Streik in der Praxis im Böhlerwerk zu ziehen, die Zeit läßt sich nicht vor den Streik zurückdrehen. Die Arbeiter haben ihre Kraft erkannt und gezeigt. Sie haben die Sozialpartnerschaft als das erkannt, was sie ist: als den Versuch, alle Probleme des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu lösen. Sie sind nicht mehr bereit, allem, was von oben kommt, widerspruchlos zuzustimmen und auch noch dankbar zu sein. Die Gewerkschaft wird sich mehr einfallen lassen müssen, als die jetzt



ZU RISKANT FÜR KREISKY

"Über die Steuerpolitik Lohnpolitik zu machen, ist mir zu riskant", wandte sich Kreisky gegen staatliche Eingriffe in die Lohn- und Gehaltspolitik. "Lohnbewegungen kann man nicht durch Knopfdruck beeinflussen", und der Streik bei Böhler "war nicht nur ein Zufall", machte Kreisky geltend: Es sei nicht ganz leicht, in einer Betriebsversammlung vor 600 oder 800 Arbeitern darzulegen - und die Leute zu überzeugen -, daß sie zurückstehen müßten, obwohl sie natürlich wissen, daß einiges "drin" sei.

Kurier

durch die Betriebsratsobmänner ausbezahlte Streikunterstützung von S 90, — pro Mann und Tag (die Auszahlung durch das Streikkomitee wurde abgelehnt - die BRO holen sich jeden einzeln ins Zimmer und spielen Weihnachtsmann). Die außertourliche Erhöhung der Frauenlöhne und die Gewährung einer Sommerarbeitszeit von 6 - 14 Uhr für einen Teil der Regiarbeiter, bisher immer abgelehnt, wurde schon drei Tage nach dem Streik vom Vorstand zugesichert.

DIE STREIKENDEN ZIEHEN IHRE LEHREN SELBER

Jeder Artikel in einer linken Zeitung über einen Streik endet mit den Lehren aus dem Streik. Wir glauben das uns und unseren Lesern ersparen zu können. Eine Woche nach dem Streik waren wir wieder im Ybbstal und haben mit dem Obmann des Streikkomitees und einigen jungen Arbeitern, die zum erstenmal streikten, gesprochen. Wir erwarteten Resignation und Depression, wie sie sich oft nach einem langen erfolglosen Streik breit machen. Doch davon keine Spur. "Wieso erfolglos?" - fragte einer der Gesprächspartner - "Wir haben denen da oben gezeigt, daß sie sich mit uns nicht spielen können und werden es wieder tun, wenn der Schreck, den sie in den Knochen haben, nachlassen sollte." Die da oben sind für die Arbeiter ziemlich genau abgrenzbar. Kollege Pabst sieht es so: Im Streik hat sich deutlich gezeigt, wo unsere Gegner sind. In der Praxis bildet der Unternehmensvorstand, die Gewerkschaftsführung und der SP-Betriebsrat eine Dreieinigkeit gegen die Interessen der

Kollegen. Aber jetzt, wo es jeder erlebt hat, werden sie es in Zukunft viel schwerer haben. Für die Kollegen wurde sichtbar, daß sich der ÖGB vollständig der SPÖ-Regierungspolitik unterwirft und daß sie am meisten davor Angst haben, daß ihnen jemand die Stahlkonzerne oder die gesamte Metallbranche anzündet. Das heißt, Lohnforderungen auf eigene Faust gestellt. Da sind sie sogar bereit, einen SPÖ-Betriebsratsobmann vor seinen Kollegen als Streikbremsen dastehen zu lassen. Und diese Obmänner stellen sich bedenkenlos gegen ihre Wähler, wenn es die Parteidisziplin erfordert, um ihre schönen Posten nicht zu verlieren. Bei den nächsten BR-Wahlen wird es sicher eine parteiunabhängige Liste geben, gebildet von Leuten, die sich im Streik bewährt haben.

Na, wenn das keine Lehren sind!

P.S. : Wir haben es nachgerechnet: Der Streik hat den Konzern rund 20 Millionen Schilling gekostet. Die Erfüllung der umstrittenen 4 % der Forderung hätte pro Jahr nicht ganz 3 Millionen erfordert. Mit dem Verlust hätte man 7 Jahre lang die geforderte Lohnerhöhung begleichen können. Womit bewiesen erscheint, wer hier eigentlich aus Prinzip stur ist und dem Betrieb Schaden zufügt.

ABER DAS WISSEN DIE BÖHLERARBEITER OHNEHIN SCHON.
SPÄTESTENS SEIT IHREM JULISTREIK.

26. Juli 1973

Herbert Brunner

NICHT VERGESSEN, WORIN UNSERE STÄRKE BESTEHT -

die Solidarität

Die wirksamste Hilfe für streikende Arbeiter ist die Solidarität der Kollegen in den anderen Betrieben. Das wissen die Abwürger des Böhlerstreiks in Gewerkschaft und SPÖ sehr genau. Deswegen haben sie in ihren Publikationen den Streik ebenso totzuschweigen versucht wie die bürgerliche Presse. Wenn die Arbeiter nicht erfahren, daß gestreikt wird, kommen sie auch nicht auf die Idee, sich zu solidarisieren. Wo die SP-Fraktion in den Betrieben die Mehrheit besitzt, hat sie auch, meist erfolgreich, versucht, Streikspenden oder auch nur Unterstützungstelegramme zu verhindern.

Ausnahmen waren, soweit bekannt, nur der steirische Erzberg und die Unilever AG in Wien. Bemerkenswert ist auch die Reaktion des Jugendvertrauensrates des SPÖ-Verlages "Vorwärts", der folgendes Schreiben an das Streikkomitee schickte:

"Kollegen der Böhler-Werke, Euer Wille zur Anerkennung Eurer Forderung beweist, daß sich die Arbeiterschaft, trotz Sozialpartnerschaft, Fernseher, Auto und Eigenheim, ihrer Kampfstärke noch bewußt ist. Euer solidarischer Einsatz läßt Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung im aufopferndem Kampf für Selbstbestimmung, Demokratie und Sozialismus wieder aufleben.

Mit solidarischen Grüßen und einem herzlichen
Glückauf!
der Jugendvertrauensrat der Druck- und Verlagsanstalt
Vorwärts AG"

Unnötig zu erwähnen, daß der Obmann des Jugendvertrauensrates scharfen Repressalien seines Betriebsratsobmannes und der Geschäftsleitung ausgesetzt ist.

Kommunalpolitisches Engagement

Dieses Referat ist als Einleitung zur Diskussion über aktuelle kommunalpolitische Probleme gedacht. Es wurde bei der Sommerakademie der FÖJ - Bewegung für Sozialismus 1973 am Neufeldersee gehalten.

Wir hatten ursprünglich geplant, die Problematik eines kommunalpolitischen Engagements bzw. daraus schlußfolgernd unsere Stellung zu Gemeinderatswahlen erst Ende der Sommerakademie zu behandeln. Neben theoretisch abstrakten Überlegungen sollten die im Arbeitskreis Kommunalpolitik engagierten Genossen ihre ersten konkreten Vorstellungen zur Diskussion stellen.

Der Beschluß der Wiener SPÖ die Gemeinderatswahlen bereits im Oktober 1973 durchzuführen, zwingt uns jedoch, schon jetzt Stellung zu beziehen, obwohl die konkreten Arbeitsunterlagen noch nicht vorliegen. Das von mir ausgearbeitete Referat ist in vier Teile aufgliedert, von denen jeder einzelne ein abendfüllendes Programm darstellt. Es ist daher klar, daß es mir nicht möglich sein kann, sämtliche Probleme intensiv zu behandeln. Die Fragen können nur angerissen werden, und die kommenden Diskussionen sollen sie vertiefen.

Folgende Punkte erscheinen mir von besonderer Bedeutung:

- a) Stellenwert des kommunalpolitischen Engagements für eine revolutionäre Bewegung.
- b) Funktion von Wahlen allgemein, speziell jedoch der Gemeinderatswahlen auf Grund der heutigen Wiener Situation.
- c) Politische und organisatorische Möglichkeiten unserer Organisation im Zusammenhang mit der Gemeinderatswahl bei eigener Kandidatur.
- d) Bedeutung einer Wahlempfehlung für KPÖ, SPÖ oder Enthaltung.

Wir erleben immer wieder, daß das politische Engagement und die Aktivität außerhalb der Produktionsstätten von vielen Linken als nebensächlich, wenn nicht gar als Ausdruck einer reformistischen Verschleierungspolitik, angesehen wird. Daß damit oft die eigene Unfähigkeit, eine konkrete, realitätsbezogene revolutionäre Praxis durchzuführen, kaschiert werden soll, ist nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig bedeutet es die Verkennung einer Entwicklung, die wir in den Grundsätzen folgendermaßen formuliert haben: "Die Entfaltung der Produktivkräfte und die Vergesellschaftung der Arbeit äußert sich in der steigenden Abhängigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche voneinander. Das hat die Ausweitung der inneren Widersprüche des Kapitalismus auf allen Ebenen zur Folge. Der Städtebau, das Sozial- und Gesundheitswesen, die Kommunikationssphäre rücken immer

mehr in der Öffentlichkeit zu Problemen auf. Hier werden besonders kraß die irrationalen Wirkungen der an Tauschwerten ausgerichteten kapitalistischen Produktionsweise deutlich. Privateigentum und Profitorientierung treten in Gegensatz zu gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen".

Am Beispiel des Massen-Wohnungsbau (ebenso wäre dies am Verkehrswesen u. ä. möglich) wird dieser Prozeß erkennbar. Hier möchte ich auf den Artikel von Architekt Faßbinder im "Wiener Tagebuch" 1/73 hinweisen, wobei von folgenden Grundüberlegungen ausgegangen wird:

Der Massenwohnbau stellt prinzipiell eine Anlagesphäre der Kapitalverwertung dar. Der staatliche oder kommunale Wohnbau dient nicht dazu, um das Bedürfnis "Wohnen" zu decken (ebensowenig, wie es beim Essen usw. der Fall ist), sondern ist Ausdruck dafür, daß einerseits ungeheure Kapitalanlagen notwendig sind, und andererseits dieser Bereich sich besonders zur Regulierung der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, also der Löhne, eignet. Dazu kommt, daß die Reproduktion der Ware Arbeitskraft, d.h. die Lebensbedingungen der Arbeitenden, historisch zu betrachten, und von der Entwicklung der Produktivkräfte abhängig sind. Nur bei einer Organisation des Arbeitsprozesses, in der der Arbeiter ohne spezielle Qualifikation lediglich als menschliche Verlängerung mechanischer Prozesse gesehen wird, ist es möglich, die Rekreationsbedürfnisse auf Wohnen und Essen zu beschränken.

Es ist also einsichtig, daß die Widersprüche des Kapitalismus in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären des Lebens auftreten und daher gesellschaftsverändernde Bewegungen dort ansetzen müssen, wo diese Widersprüche am klarsten sichtbar werden. Die Bürgerinitiativen und ähnliches sind Ausdruck der Krise des herrschenden Systems, auch wenn die Herrschenden diese Krise als systemimmanent darstellen wollen. Das politische Engagement speziell auf diesem Gebiet eröffnet jeder marxistischen Bewegung, an den unmittelbaren Interessen der Arbeiter anzuknüpfen und ihnen die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen helfen. Dieses Engagement ist daher Aufgabe unserer Bewegung, unabhängig von einer Teilnahme an Wahlen oder nicht.

Zur Frage des Parlamentarismus

Hier möchte ich mich nur auf einige Aussagen beschränken, da die Diskussion um den allgemeinen Stellenwert von Wahlen bei uns bereits geführt wurde. ▸

Erstens möchte ich festhalten, um Irrtümern und Mißverständnissen vorzubeugen: die Teilnahme an Wahlen bedeutet nicht die Anerkennung des Parlamentarismus.

Unter Parlamentarismus im Rahmen der bürgerlichen Demokratie verstehen wir ein System das den Eindruck vermitteln soll, daß der Staat klassenneutrale Funktion habe, und sämtliche gesellschaftliche und politische Entscheidungen im Rahmen der parlamentarischen Institutionen getroffen werden. Daß dem nicht so ist, brauche ich in diesem Kreis nicht zu beweisen. Dennoch bleibt die Frage offen, ob die "gewählte Institution" nur Verschleierungsfunktionen hat oder ob nicht der ambivalente Charakter dieser Institutionen, einerseits die Interessen des Gesamtkapitals mit den Interessen diverser Fraktionen des Kapitals zu vereinen und durchzusetzen, andererseits aber den Schein der Vertretung gesamtgesellschaftlicher Interessen aufrechtzuerhalten und legalistisch umzusetzen, günstigere Möglichkeiten zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterschaft, ergibt.

Boycott dieser Institutionen ist nur dann sinnvoll, das beweist die Geschichte der Arbeiterbewegung, wenn ein derartiger außerparlamentarischer Mobilisationsgrad erreicht wird, daß Wahlen die direkte Funktion erhalten, die Bewegung zurückzuwerfen. Hier sei auf den Mai 1968 in Frankreich hingewiesen, bei der die Akzeptierung der Wahlen und der Verzicht, die neuentstandenen Formen der Demokratie zu forcieren, zur "Beruhigung der Lage" geführt hat. Wobei Boycott und Nichtteilnahme nicht gleichzusetzen sind. Die Nichtteilnahme an Wahlen bzw. Wahlempfehlung bedeutet die Akzeptierung der eigenen Schwäche und nicht die vollständige Negierung parlamentarischer Institutionen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf eine heikle Frage eingehen. Und zwar auf die Bedeutung der Stimmen, die eine revolutionäre Gruppierung auf sich vereinigen kann. Die Betonung ist bewußt auf revolutionär gesetzt, denn eine "wahlwerbende Gruppe", die, um einige Stimmen mehr zu erreichen, ihre Prinzipien über Bord wirft (Verzicht auf außerparlamentarische Aktionen, Verzicht auf Propagierung ihrer politischen Zielsetzung usw.), hat aufgehört revolutionär zu sein. Unter diesen Voraussetzungen zeigt das stimmenmäßige Wahlergebnis den Grad des Einflusses, der erreicht worden ist.

Entscheidend jedoch ist die taktische Überlegung, daß durch höhere Mobilisationsbereitschaft der AktivistInnen, durch eine politisierbare Umwelt, durch eine konkrete Aufgabenstellung, die Bewegung gestärkt werden kann. Die hat sich bei den Nationalratswahlen 1971 bei "offensiv links" gezeigt. Da wir konkret über unsere Haltung zur Gemeinderatswahl 1973 diskutieren, sei noch kurz auf die wesentlichen Momente der Kandidatur von "offensiv links" 1971 hingewiesen. Mit der Kandidatur wollten wir drei Überlegungen realisieren. Der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß es neben der KPÖ eine eigenständige, marxistische Linke gibt, die im Begriff ist, sich zu formieren und ihre politischen Ziele zu artikulieren. Durch konkrete Aktionen die Mobilisierung der eigenen Kader zu erreichen und schließlich den Prozeß der Vereinheitlichung ideologischer Vorstellungen in den eigenen Reihen weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang war das konkrete Ergebnis der Nationalratswahlen nur von untergeordneter Bedeutung, obwohl auch hier sichtbar wurde, daß ein günstigeres Ergebnis sich auf die weitere Arbeit bes-

ser ausgewirkt hätte. Dennoch: nach den Kriterien, die wir uns damals gesetzt hatten, muß die Kandidatur von "offensiv links" 1971 als gerechtfertigt angesehen werden.

Wie steht es nun um die Gemeinderatswahlen 1973 ?

Bevor ich das zu beantworten versuche, noch eine Vorbe-merkung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß heute in Österreich in einer Zeit unterentwickelter Klassenkämpfe (trotz Streik bei Böhler usw.) eine politische Bewegung von der Masse der Arbeiterschaft erst ernstgenommen wird, wenn sie über ein gewisses Potential von Anhängern verfügt, welches heute unter anderem anhand von Wahlergebnissen gemessen wird. Dies wollte ich noch in Erinnerung rufen, um auf die konkrete Frage unserer Stellung bei Gemeinderatswahlen einzugehen.

In den bisherigen Überlegungen zeigt sich, daß eine eigenständige Kandidatur politisch notwendig wäre. Die politische Situation ist insofern günstiger als im Jahr 1971. Die parteipolitische Konstruktion des Gemeinderates ist derart, daß die SPÖ nicht Gefahr läuft die Mehrheit zu verlieren, und die KPÖ auf Grund der herrschenden Wahlordnung trotz wahrscheinlicher Stimmengewinne keine Chance auf ein Grundmandat hat. Das bedeutet, daß Linke eher bereit sein sollten eine Gruppe, wie wir sie darstellen, zu unterstützen.

Hätten die Wahlen wie ursprünglich geplant stattgefunden, so hätten wir uns trotz aller Schwächen und Schwierigkeiten auf die eigene Kandidatur orientieren müssen. Die Situation hat sich aber durch die Vorverlegung der Wahlen grundlegend geändert. Die kurze Zeit bis zu den Wahlen macht es de facto unmöglich eine kommunalpolitische Alternative zu entwickeln, auf deren Basis Aktionen und Propagierung unserer Vorstellungen ruhen müßten. Weiters ist es unmöglich, die diversen linken Gruppierungen von MLS bis zum "Wiener Tagebuch" zur gemeinsamen Diskussion, geschweige denn zur gemeinsamen Aktion zu bringen. Dadurch ist eine weitere Einengung der politischen Aktivität gegeben. Schließlich sind wir derzeit zu schwach, um die technisch-finanziellen Probleme der Kandidatur zu lösen (100 Unterschriften pro Wahlkreis und Kautionen).

Diese Situation, glaube ich, erlaubt es uns nicht, eine eigene Kandidatur anzustreben. Dennoch bleiben die prinzipiellen Überlegungen aufrecht, daß das kommunalpolitische Engagement notwendig ist und zu einem der Schwerpunkte unserer Aktivität werden muß.

Nun zum letzten Problem:

Wie verhalten wir uns zu den Wahlen ?

Auch wenn wir nicht kandidieren und der Druck der aktiven Teilnahme als eigene Liste wegfällt, müssen wir die höhere Bereitschaft der Bevölkerung, sich mit politischen Vorstellungen vertraut zu machen, ausnützen. Gleichzeitig heißt es Stellung zu beziehen, auch wenn wir wissen, daß unsere Stellungnahme nur geringsten Einfluß auf die Haltung der Wähler hat. Die Stellung zu den Wahlen bzw. zu SPÖ und KPÖ hat eine längerfristige Bedeutung.

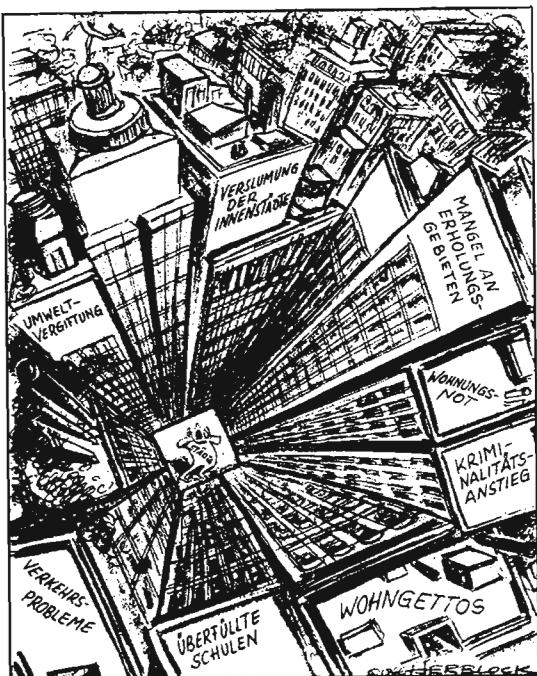
Warum kommt eine Wahlempfehlung für die SPÖ nicht in Frage? Unsere Haltung zur SPÖ ist bekannt und muß daher nicht näher beleuchtet werden. In einer Situation, in der die Mehrheit der SPÖ von rechts nicht in Gefahr ist, muß die Wahlunterstützung der SPÖ zwangsläufig als Identifizierung mit ihrer Politik verstanden werden, daß dies für uns unmöglich ist, brauche ich nicht zu betonen.

Komplizierter wird die Frage unseres Verhaltens zur KPÖ. Im Bewußtsein breiter Teile der Öffentlichkeit ist die KPÖ links von der SPÖ, und die Wahl der KPÖ bedeutet für viele eine linke Opposition gegenüber der SPÖ. Aber die sektiererische Politik der KPÖ, ihre enge Verbindung zur UdSSR (da verzichtet sie sogar auf ihren primitiven Antisozialdemokratismus, siehe Kreisky - Kossigin), erschwert es vielen die KPÖ zu wählen. Dazu kommt, daß die KPÖ jeden Wahlerfolg als Bestätigung ihrer Politik schlechthin bezeichnet und als Bestätigung ihres Verhältnisses zu linken Gruppen außerhalb der KPÖ (hier sei nur das Beispiel erwähnt, wie "solidarisch" sich die KPÖ Ende Juni 1973 verhielt, als anlässlich des Verbotes der französischen Sektion der IV. Internationale, sämtliche linke Gruppen in Wien eine Protestresolution an die französische Botschaft unterzeichneten, außer der KPÖ, und dies obwohl die KPF in Frankreich protestierte).

Da aber längerfristig in Österreich die Entwicklung einer eigenständigen sozialistischen Bewegung vorrangiges Ziel ist, steht die Wahlempfehlung für die KPÖ direkt im Widerspruch zu dieser Vorstellung.

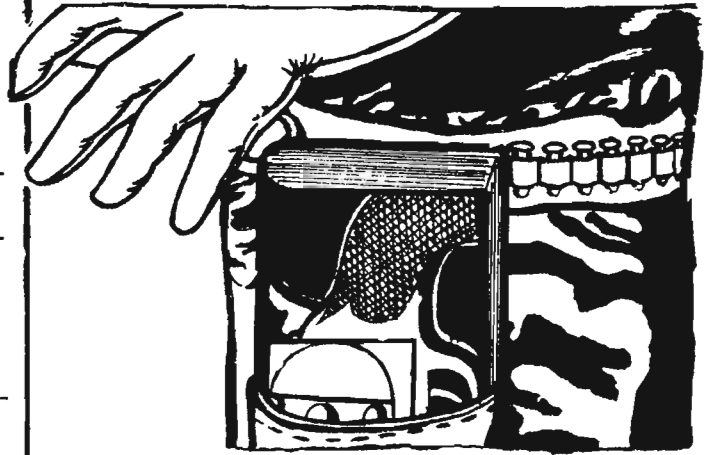
Daher glaube ich, daß wir weder eine Empfehlung für SPÖ noch für KPÖ geben können, und dies mit einer politischen Argumentation erklären können und müssen.

Hans Margulies



„Hilfe!“

BOOK POWER



IOIO WIEN

*

BRIGITTE HERRMANN

GRÜNANGERGASSE 1

52 77 06

*

HEINZ KOLISCH

LIEBIGGASSE 9

43 32 21

Probleme der

Die Entwicklung unserer Organisation ist von zwei Momenten abhängig:

a) Es ist nicht möglich, die Revolution hinter dem Rücken der Wirklichkeit zu konstruieren. Die Entwicklung einer revolutionären Organisation der Arbeiterklasse kann nicht unabhängig von den Kämpfen dieser Klasse vor sich gehen; es kann letztlich erst in entfaltetem Klassenkampf zur Herausbildung einer revolutionären Organisation kommen. Dann stellen sich nämlich die Organisationsprobleme einer marxistischen Organisation tatsächlich als Probleme der Machtergreifung der Arbeiterklasse und im Weiteren als Probleme des Aufbaues des Sozialismus.

b) In Zeiten der nicht entfaltetem Klassenkämpfe beschränkt sich die Entwicklung einer marxistischen Organisation hauptsächlich auf eine Qualifizierung der Organisation (Vorbereitung), aufgrund einer theoretischen Klarheit über historische Tendenzen der Gesellschaft, oder als Folge des Mangels der theoretischen Orientierung geht die Entwicklung der Organisation zufällig vor sich und ihre politische Praxis fällt dem Voluntarismus anheim.

Das Referat beruht in großen Zügen auf einer individuellen Einschätzung. Für die Entwicklung der Organisation Bewegung für Sozialismus müßten die angeschnittenen Probleme breiter und tiefer als theoretische und praktische Probleme der gesamten Organisation gestellt werden. In diesem Sinne versteht sich das Referat nicht so sehr als Gesamtdarstellung der Organisation Bewegung für Sozialismus, sondern als einer der Anfänge der Diskussion über die Aufgaben der Bewegung für Sozialismus.

Organisation

Die Bewegung für Sozialismus hat wohl die organisatorische und theoretische Abgrenzung von der KPÖ vollzogen, doch ist die Einschätzung einiger entscheidenden Fragen unsicher oder noch gar nicht gegeben: so etwa die Entwicklung des internationalen Monopolkapitals, vor allem in der EWG, und die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung; die Verbreitung bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit unserer Aufgabe der Propagierung revolutionärer Zielsetzungen; vor allem aber die Bedeutung der Konzeption von der Errichtung der Arbeitermacht auf der Basis der Arbeiterselbstverwaltung für unsere politische Arbeit. Die Bewegung für Sozialismus hat, die Kritik anderer marxistischer Organisationen aufnehmend, schöpferisch die Grundsätze der BfS weiterentwickelt. Die Diskussion der Grundsätze in der gesamten Organisation beschränkte sich bisher im wesentlichen auf den Bundeskongreß. Schließlich wurde gerade in der letzten Zeit der Leitungsstil kritisiert; in der Leitung wurden die Probleme vorwiegend in Hinblick auf ihre technische Lösung und ungenügend politisch diskutiert; in verschiedenen Fragen zeigte sich unsere Organisation nicht flexibel (siehe 1. Mai); die BfS hat viele Mitglieder, die sich nicht kontinuierlich an der gemeinsamen theoretischen, organisatorischen und politischen Arbeit beteiligen; die BfS ist ihrem Typ nach eine Mitgliederorganisation, die materielle Situation unserer Organisation hängt demnach von der kontinuierlichen finanziellen Unterstützung durch die Mitglieder ab; das ist bis jetzt organisatorisch nicht ausreichend gewährleistet etc. Diese Probleme stellen Schwächen unserer Organisation dar. Wie sind diese Schwächen zu beseitigen?

Die Lösung dieser Probleme kann nicht darin bestehen, daß wir verschiedene historisch erfolgreiche oder aus Ideen konstruierte Organisationsmodelle experimentiell anzuwenden versuchen. Ebenso können wir die Frage der Organisation nicht technizistisch zu lösen versuchen. Sicher müssen wir aus historisch erprobten Organisationsformen zu lernen versuchen und technische Probleme der Organisation technisch lösen. Aber die Frage, wie wir uns organisieren sollen, können wir nur allgemein historisch stellen und historisch zu lösen versuchen: das heißt, welche Aufgaben ergeben sich für uns aus der Analyse der historischen Entwicklung vor allem in Österreich, welcher Charakter soll unsere Organisation innerhalb der objektiven historischen Entwicklung haben, und wie ist der Ausgangspunkt unserer derzeit existierenden subjektiven Möglichkeiten; wie sieht unsere Organisation derzeit aus und welche Entwicklung unserer Organisation sollen wir anhand der von uns erkannten objektiven historischen Tendenzen gemäß dem Charakter unserer Organisation einschlagen?

Ganz allgemein begreifen wir mit Marx die menschliche Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen, die Geschichte des Kapitalismus als die Geschichte der Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, als Geschichte des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital. Zugleich ist mit der industriellen Produktionsweise die historische Möglichkeit gegeben, daß die Menschen die industrielle Produktion und das gesamte gesellschaftliche Leben bewußt nach ihren eigenen Bedürfnissen lenken, während im Kapitalismus Produktion der materiellen Güter und tendenziell das gesamte gesellschaftliche Leben nach den Bedürfnissen des Profits verläuft. Diesen Widerspruch von historischer Möglichkeit und kapitalistischer Realität zu lösen zeigt Marx als historische

Aufgabe des Proletariats, der Arbeiterklasse, da sie jene Klasse ist, deren gesamte materiellen und damit ihre Lebensinteressen in einem unaufhebbaren Widerspruch zum Kapitalismus stehen. Die Arbeiterklasse erzeugt allen Reichtum der Gesellschaft, ohne über das Wie, Was und Wem bestimmen zu können. Dieser unaufhebbare Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalismus ist immer vorhanden, auch wenn die Arbeiter selbst etwas anderes glauben.

Als Organisation begreifen wir uns daher als Arbeiterorganisation, was nichts anderes heißt, daß wir die historischen Interessen der Arbeiterklasse anerkennen, daß wir unsere gesamte Politik innerhalb dieses Interesses verstehen und daß wir uns organisatorisch mit der Arbeiterklasse verbinden müssen. Im Hinblick auf das derzeitige Bewußtsein der Arbeiterklasse bedeutet das, daß wir die Beziehungen von verzerrten und historisch wirklichen Interessen in den Arbeitern und in uns organisatorisch richtig behandeln müssen. Um die Probleme unserer Organisation richtig behandeln zu können, müssen wir vor allem die historische Entwicklung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital in Österreich analysieren und theoretisch und praktisch untersuchen, wie wir mit unserer tatsächlichen Organisation auf taktisch-strategisch richtigem Wege zur Lösung der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse beitragen können.

Eine positive Entwicklung unserer Organisation ist nur möglich nach Überwindung der zuerst angedeuteten theoretischen und organisatorischen Schwächen. Entscheidend scheint mir die Konzentration auf die Hauptprobleme der BfS. Das politische Problem des Auftretens der BfS als Wahlplattform "offensiv links" ist bei dem derzeitigen Entwicklungsstand unserer Organisation ein Nebenproblem, die Konzentration darauf wirkt sich wahrscheinlich schädlich auf die BfS aus: zum einen ist die BfS theoretisch auf die Beteiligung an bürgerlichen Wahlen vorbereitet (die Illusionen über den bürgerlichen Parlamentarismus, die noch von der KPÖ herühren, sind gesamtorganisatorisch noch kaum diskutiert); zweitens sind die derzeitigen organisatorischen Kräfte für eine politische Kampagne unter der Bevölkerung zu schwach; drittens ist unser Auftreten als "offensiv links" derzeit für keinen Teil der Arbeiterklasse verständlich und wird daher von niemand außer unserem kleinen Kreis unterstützt. Ohne näher auf das Problem "offensiv links" einzugehen, scheint mir die Einschätzung, daß "offensiv links" ein taktisch richtiges Mittel sei, einerseits agitatorisch in der Bevölkerung aufzutreten, andererseits viele unserer Mitglieder zu einer verstärkten Aktivität zu bringen (aus ihrer Niedergeschlagenheit aufzurütteln), falsch zu sein. Hingegen ist die Beschäftigung mit den Lebensbereichen der Arbeiterklasse immer notwendig (siehe zum Beispiel unsere Arbeit zu Problemen der Kommunalpolitik) und kann auch als Grundlage für eine Wahlkandidatur dienen.

Die Frage der Finanzierung der Organisation durch die Mitglieder, eine politisch wirksamere Verbindlichkeit unserer Organisationsstruktur etc. muß im Zusammenhang mit den momentanen Hauptaufgaben gestellt und gelöst werden, das heißt sich die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für die politische Arbeit zu schaffen.

Aufgrund der Aufgabenstellung und dem Entwicklungsstand unserer Organisation ist die Konzentration auf zwei Probleme notwendig: erstens die theoretische Klärung entscheidender

Fragen auf der Grundlage der Grundsätze, zweitens die Beschäftigung der Gesamtorganisation mit der Lage der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse und der realen Möglichkeiten der Verbindung mit ihrem Kampf auf der Grundlage der bestehenden Arbeitsgruppen, Arbeitskreis Betriebspolitik, Arbeitskreis Emanzipation und Lehrlingsgruppe N. A. P. A. L. M.

ZUR THEORETISCHEN ARBEIT

Die Überwindung der theoretischen Schwächen unserer Organisation kann nicht auf die Überlegungen in einigen Köpfen verlegt werden. Gerade in Hinblick auf unsere Perspektive der Entwicklung zum Sozialismus auf der Basis der Arbeiterselbstverwaltung ist ein Hinweis auf das für den Marxismus kennzeichnende Verhältnis von Theorie und Praxis notwendig. Der Marxismus, oder der wissenschaftliche Sozialismus, baut als Theorie und in seiner Methodik auf die Erkenntnisse hauptsächlich der deutschen idealistischen Philosophie, des französischen utopischen Sozialismus und der englischen bürgerlichen Nationalökonomie einerseits, der historischen Entwicklung des Kapitalismus, des Proletariats und der internationalen Arbeiterbewegung andererseits, auf. Der wissenschaftliche Sozialismus wird gerade dadurch, daß er sich als Theorie des Proletariats begreift, zur Wissenschaft. Der Zusammenhang von wissenschaftlichen Sozialismus und Proletariat hat nichts metaphysisches, nichts willkürliches an sich, der wissenschaftliche Sozialismus weist wissenschaftlich den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital und daraus folgenden historisch objektiven Tendenzen zur Aufhebung dieses Widerspruchs auf. Gerade durch die Industrialisierung im Kapitalismus ("die Industrie als das aufgeschlagene Buch der Naturwissenschaften") kann sichtbar werden, daß die menschliche Geschichte nicht von Gott, sondern von den Menschen selbst gemacht wird. Zugleich damit wird es der Menschheit durch die Existenz der Arbeiterklasse möglich, die selbstbewußte Gestaltung der Geschichte als reales Problem zu sehen. Der wissenschaftliche Sozialismus formuliert die Rolle, die historische Möglichkeit des Proletariats. Der Marxismus ist in diesem Sinne keine reine Theorie, keine bloße Interpretation, sondern Praxisanleitung für die Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung von Theorie und Methodik des Marxismus zu sehen. Lenin z. B. studierte Theorie und Methodik des wissenschaftlichen Sozialismus in der Epoche des entstehenden imperialistischen Weltsystems, der raschen Entwicklung des rückständigen russischen Kapitalismus und der russischen Arbeiterbewegung. Lenin analysierte den russischen und den internationalen Kapitalismus; die Entwicklung der internationalen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen und die russische Arbeiterklasse analysierend stellte Lenin die Frage der Organisation der proletarischen Partei. Diese spezifische Methodik der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, die Theorie und Praxis im Handeln in der historischen Realität dialektisch vereint, zeigt sich in der Entwicklung der bolschewistischen Partei unter der Führung Lenins. Dabei handelt es sich bei der Partei der Bolschewiki nicht um eine ideale Verkörperung des wissenschaftlichen Sozialismus (das glauben jene, die die formale Übertragung des "Organisationsmodells" der Bolschewiki als Allheilmittel für Probleme der Organisation ansehen), sondern darum, was der materielle historische In-

halt der Theorie und Methodik, des wissenschaftlichen Sozialismus, der Marxismus, sein kann.

Für eine wirksame politische Arbeit unserer Organisation ist es notwendig zu wissen, wie die Lage der arbeitenden Klasse in Österreich ist. Welche Wirkung auf die Entwicklung in Österreich die Entwicklung des Widerspruchs zwischen Imperialismus und internationaler Arbeiterklasse, nationalen Befreiungsbewegungen und Übergangsgesellschaften hat? Aufgrund welcher Einschätzungen des Verhältnisses von Partei und Arbeiterklasse sprechen wir vom Sozialismus auf der Basis der Arbeiterselbstverwaltung? Welche taktisch-strategischen Probleme ergeben sich aus der Orientierung auf die Selbstverwaltung, wie soll das Verhältnis unserer Organisation zur Arbeiterklasse sein? Die Organisierung der theoretischen Arbeit soll auf der Grundlage der Grundsätze begonnen werden. Von Arbeitsgruppen sollen zu den einzelnen Fragen Konferenzen der gesamten Organisation vorbereitet werden. Die Vorgangsweise bei der Erstellung der Grundsätze kann hier beispielgebend sein, nur muß die Diskussion breiter und gründlicher geführt werden. Doch die theoretische Klärung kann gesamtorganisatorisch wirksam nur dann erfolgen, wenn die Voraussetzungen für die Einschätzung politischer Probleme geschaffen werden: Erstens kollektive Schulungsarbeit, die Verbreitung der Theorie und Methodik des Marxismus in unserer Organisation (im Sinne einer marxistischen Arbeiterschulung). Zweitens eine ständige Information über wichtige aktuelle Probleme und über Themen von allgemeinem Interesse (im Sinne einer marxistischen Arbeiterbildung).

ZUR POLITISCHEN ARBEIT

Die Probleme der Organisierung müssen wir im Zusammenhang mit der allgemeinen Aufgabenstellung und unseren subjektiven Möglichkeiten sehen. Die Organisation besteht zum größten Teil aus jungen Arbeitern und Angestellten. Einerseits ist die Berufstätigkeit unserer Mitglieder die Ursache dafür, daß viele physisch und psychisch momentan nicht imstande oder nicht bereit sind, die Politik unserer Organisation kontinuierlich zu bestimmen. Andererseits gibt gerade die Berufstätigkeit unserer Mitglieder - besser, da unsere Mitglieder Angehörige der Arbeiterklasse sind -, eine Möglichkeit, unsere Organisation als marxistische Arbeiterorganisation in der Arbeiterklasse zu verankern. Es muß gelingen, die spezifischen Bedingungen theoretischer und politischer Arbeit einer marxistischen Arbeiterorganisation, deren Mitglieder hauptsächlich Arbeiter und Angestellte sind, zu entwickeln. Es muß uns gelingen, in den Richtlinien unserer theoretischen und politischen Arbeit die Bedingungen unserer Mitglieder an ihrem Arbeitsplatz innerhalb einer revolutionären Strategie zu berücksichtigen. Praktisch steht die Aufgabe vor uns, Informationen über die Situation unserer Mitglieder an ihrem Arbeitsplatz systematisch zu sammeln und die spezifischen Bedingungen politischer Arbeit am Arbeitsplatz in der BfS zu diskutieren. Diese Diskussion muß sich stützen auf eine Analyse der Situation in Österreich, z. B. die Lage der Arbeiterklasse, die Produktionsweise in Österreich etc. und auf die Aufgabenstellung der BfS: wie soll die BfS in der Arbeiterklasse politisch auftreten. Die Mitglieder sollen sich in der gemeinsamen Diskussion in der BfS klar werden, welche Möglichkeiten politischer Arbeit

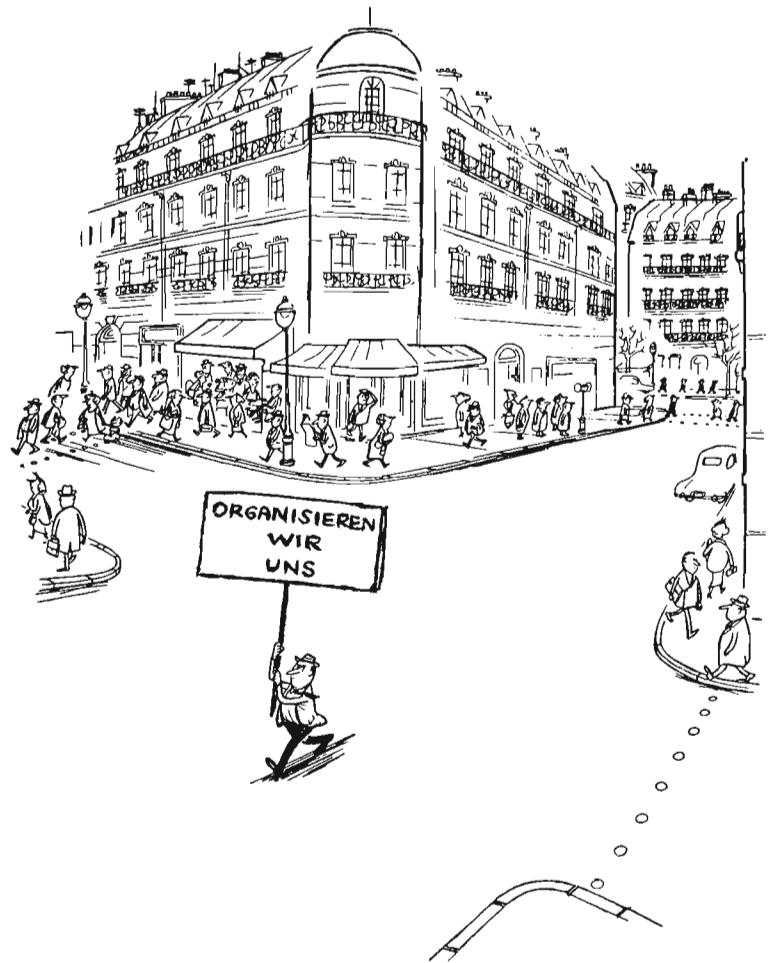
sie an ihrem Arbeitsplatz haben. Zugleich ist damit eine erste Grundlage für ein gesamtorganisatorisches Auftreten geschaffen.

In der BfS befaßt sich derzeit der Arbeitskreis Betriebspolitik mit der Systematisierung der Betriebserfahrungen der Mitglieder der BfS. Die Konzentration unserer Organisation auf die Betriebsarbeit scheint deswegen notwendig zu sein, weil im Betrieb die Arbeiter und Angestellten durch die gesellschaftliche Produktionsweise am ehesten kollektiv für ihre Interessensdurchsetzung auftreten und weil der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital im Betrieb am ehesten durchsichtig wird. Vordringlich ist es, Möglichkeiten der Verbindung des ökonomisch-gewerkschaftlichen Kampfes mit dem politischen in den Auseinandersetzungen im Betrieb zu finden. Die Genossinnen und Genossen des Arbeitskreises Betriebspolitik schätzen ihre Erfahrungen im Betrieb in der Weise ein, daß erst über das errungene Vertrauen unter den Arbeitern - nämlich unsere Genossinnen und Genossen im Betrieb sich bedingungslos für die materiellen Interessen der Kollegen einsetzen - ihr politisches, ihr Klassenbewußtsein mobilisierbar ist. Eine Politisierung scheint hauptsächlich nur über gemeinsame Kampferfahrungen innerhalb des Betriebes möglich, kaum von außen, fast unmöglich durch eine Flugblattverteilung vor dem Fabrikstor. Unsere Mitglieder müssen versuchen, im Arbeitskampf das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Derzeit versuchen unsere Genossinnen und Genossen als Betriebsräte und Vertrauensleute an der Seite der Arbeiterschaft eine klassenbewußte Politik zu machen. Die Verbindung des ökonomisch-gewerkschaftlichen Kampfes mit dem politischen ist nach den Diskussionen des Arbeitskreises in zweifacher Weise voranzutreiben:

- a) Vereinigung mit den politisch bewußtesten Arbeitern im Betrieb zu politischen Betriebszellen.
- b) Falls unsere Mitglieder Betriebsräte oder Vertrauensleute sind, der Versuch sich in der Praxis als Delegierter der Arbeiter zu verstehen. Sich nicht beschränken auf das Herausholen von materiellen Vorteilen für die Kollegen, also das Auftreten als Betriebskaiser, sondern zu versuchen, daß die Arbeiter selbst ihre Forderungen formulieren, mit festem Mandat die Verhandlungen mit der Betriebsleitung führen, sich der ständigen Kontrolle der Arbeiter unterordnen und so die kollektive Handlungsfähigkeit der Arbeiter stärken.

Damit unsere Arbeitergenossen diese Politik durchführen können, ist die Aufgabe der besonderen Schulung und Entwicklung der Genossen in den Vordergrund der Organisation zu stellen.

Aus der politischen Arbeit des Arbeitskreises Betriebspolitik ergab sich ein Problem, das nur die gesamte Organisation lösen kann. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftlichen Einheit ist schon in den Grundsätzen der BfS vermerkt. Um eine wirksame politische Arbeit zu leisten, ist die Zusammenarbeit mit den Genossen der GE auf dem Boden einer klassenbewußten Gewerkschaftspolitik notwendig. Entscheidend für den Fortschritt unserer Organisation wäre es, Organisationsformen für die gemeinsame politische Arbeit der Genossinnen und Genossen der BfS und der GE zu finden.



Hauptaufgabe der gesamten Organisation BfS ist es, in der nächsten Zeit reale Grundlagen für eine gemeinsame politische Arbeit zu schaffen. Ein erster bedeutender Schritt in dieser Richtung ist der Entschluß der Genossen des Arbeitskreises Betriebspolitik auf dem Boden einer marxistischen Gewerkschaftspolitik in der GE mitzuarbeiten. Der Arbeitskreis beschäftigt sich gegenwärtig mit der Formulierung von Grundsätzen marxistischer Gewerkschaftspolitik, die in der GE von uns offen und freundschaftlich zur Diskussion gestellt werden. In fünf Punkten zusammengefaßt werden diese Grundsätze die Beschlüsse von der Tagung in Neuberg 1972 beinhalten:

1. Den Zusammenschluß der GE-Privatangestellte mit der Arbeitsgemeinschaft GE; es scheint uns falsch, die von der Kapitalistenklasse geförderte Zersplitterung der Arbeiterklasse in verschiedene in oberflächliche Widersprüchlichkeiten verharrende Fraktionen in der gewerkschaftlichen Organisation aufrechtzuerhalten.
2. Kampf gegen die Sozialpartnerschaft.
3. Einschätzung von Reformen (wie Mitbestimmung, Arbeitsverfassungsgesetz etc.) innerhalb einer revolutionären Strategie.
4. Die Verbindung des ökonomisch-gewerkschaftlichen Kampfes mit dem politischen Kampf.

5. Internationalismus; was sowohl die Einstellung zum Kampf gegen das internationale Monopolkapital (z. B. multinationale Konzerne) sowie die Unterstützung von Kräften, die gegen das internationale Monopolkapital kämpfen, bedeutet. Wir werden versuchen, die Diskussion in Hinblick auf unsere zu entwickelnden politischen Perspektiven zu führen. Gerade von unserer Perspektive der Arbeiterselbstverwaltung her ist es notwendig, von Beginn an den gewerkschaftlichen Kampf im Hinblick auf eine allseitige Qualifizierung der Arbeiterklasse zu führen.

Alle diese Vorstellungen können momentan in der Arbeiterschaft nicht sofort Verbreitung finden, sie sollen die Grundsätze der Genossen der GE und der BfS sein. In der Arbeiterschaft können vorerst nur Übergangsforderungen vertreten werden, die von ihrem aktuellen Interessen her der Arbeiterklasse verständlich sind. Dabei könne man nach den Diskussionen des AK Betriebspolitik lang- und kurzfristig nur nach einer Doppelstrategie vorgehen: Mobilisierung der Massen einerseits und Demokratisierung der Gewerkschaften andererseits. Zum Ausdruck kann diese Doppelstrategie momentan nach den Vorstellungen des Arbeitskreises in einer marxistischen Gewerkschaftspolitik in dreifacher Weise:

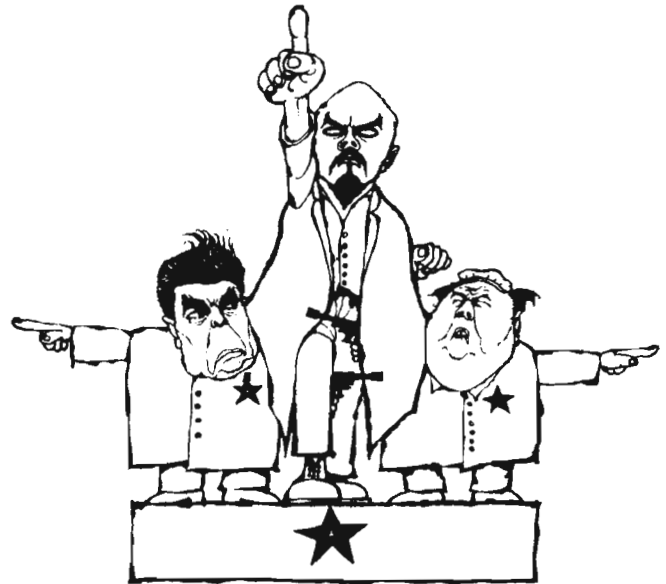
- a) Betriebsnaher Arbeitskampf; ohne die allgemeinen Verhandlungen und Abschlüsse der Gewerkschaften insgesamt zu ignorieren, versuchen, die jeweiligen Gegebenheiten innerhalb des jeweiligen Betriebes zum Ausgangspunkt des Arbeitskampfes zu nehmen.
- b) Schaffung von Vertrauensmännern, Betriebsräten und Jugendvertrauensmännern in allen Betrieben.
- c) Kritik der Mitbestimmung, die im Zuge der Politik der Sozialpartnerschaft durchgeführt werden soll.

Eine marxistische Arbeiterorganisation muß außerdem je nach ihren Möglichkeiten, den objektiven Besonderheiten der einzelnen Teile des Proletariats entsprechend, imstande sein, sich nach den unterschiedlichen Bedingungen theoretisch und organisatorisch zu formen. Die Lehrlinge wie etwa die arbeitenden Frauen sind Fraktionen der Arbeiterklasse, die innerhalb der Arbeiterklasse besondere Probleme haben - ihr oberflächlich Gemeinsames ist, daß sie zu den benachteiligsten Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse gehören. Die Frauenfrage ist zugleich eine Klassen- und Geschlechterfrage, wobei die Klassenunterdrückung die allgemeine

Unterdrückung darstellt, die den arbeitenden Frauen als Teil der Arbeiterklasse die historischen Möglichkeiten der Beseitigung aller Klassenherrschaft und damit der Aufhebung aller Unterdrückung gibt. Die besondere Unterdrückung der Frauen äußert sich durch: die Benachteiligung der Frauen im Produktionsprozeß (industrielle Reservearmee), ihre Fesselung an den Haushalt und die Sexualunterdrückung. Eine Arbeiterorganisation kann sich nur dann marxistisch nennen, wenn sie alle Formen in und neben der Klassenunterdrückung theoretisch, organisatorisch und praktisch reflektiert, die Arbeiterklasse kann nur dann zum Klassenbewußtsein gelangen, wenn sie auch die besondere Lage der Frauen in der kapitalistischen Klassengesellschaft begreift: eine sozialistische Revolution muß bei der Zerschlagung der kapitalistischen Klassenherrschaft von vornherein die Beseitigung der spezifischen Unterdrückung der Frauen zum Ziele haben.

Abgekürzt gesagt: Die Genossinnen und Genossen des Arbeitskreises Emanzipation und der Lehrlingsgruppe N. A. P. A. L. M. sollten in nächster Zeit gesamtorganisatorisch Beratungen vorbereiten. Auf diese Weise sollen Möglichkeiten gefunden werden, die Politik der Organisation BfS den aus diesen Diskussionen hervorgehenden Vorstellungen entsprechend zu gestalten.

Manfred Pawlik



SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG

Vorgesehen sind sechs Abende

PROBLEME DES MARXISMUS

Interessenten treffen sich:

Dienstag, den 18. September 1973 um 19 Uhr, 1020 Wien, Odeongasse 1 (Klub links)

SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG SCHULUNG

P.S.:
**WELTJUGEND-
FESTSPIELE
BERLIN**

In Österreich wurde das nationale Festivalvorbereitungskomitee ausschließlich von der KJÖ (Kommunistische Jugend) gebildet. Dementsprechend einseitig war auch die Zusammensetzung der österreichischen Delegation. Nach dem Festival wurde in der Öffentlichkeit von der KJÖ-Leitung behauptet, daß dieser Umstand auf die mangelnde Bereitschaft der anderen Organisationen zurückzuführen war. Die Mitarbeit der FÖJ-Bewegung für Sozialismus, die Mitglied des veranstaltenden Weltbundes demokratischer Jugend ist, war nicht erwünscht. Unsere Briefe an das internationale Vorbereitungskomitee in Berlin und den Weltbund demokratischer Jugend in Budapest blieben unbeantwortet. Nach der Gründung des österreichischen Komitees durch die KJÖ an diese heranzutreten, schien uns wenig sinnvoll. Das weitere Verhalten der KJÖ bestätigte diese Auffassung. Unverblümt erklärten uns führende Funktionäre, daß solch ein Angebot abgelehnt worden wäre. Ein FÖJ-Funktionär, der sich für Berlin angemeldet hatte, wurde auch prompt wieder ausgeladen.

Die österreichische Gewerkschaftsjugend war nur mäßig interessiert, aber immerhin schrieb sie gemeinsam mit 17 anderen Organisationen des Bundesjugendringes einen Brief an das Internationale Vorbereitungskomitee nach Berlin, worin die Bereitschaft zur Teilnahme an den 10. Weltjugendfestspielen bekundet wurde. Die Antwort ließ monatelang auf sich warten und kam dann durch die KJÖ in Form einer Einladung zu einer Aussprache an den Bundesjugendring. Einzelne Jugendorganisationen wurden in Österreich nicht eingeladen, auch nicht die Gewerkschaftsjugend.

Bei der Aussprache mit der KJÖ erfuhren die Vertreter des Bundesjugendringes, daß das österreichische Vorbereitungskomitee schon gegründet ist und alle wesentlichen Beschlüsse schon gefaßt seien. Schließlich wurde den 18 Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendringes 20 - 30 Plätze für Berlin - von insgesamt 200 für Österreich - zur Verfügung gestellt.

Unter diesen Voraussetzungen ist es dem Bundesjugendring und der Österreichischen Gewerkschaftsjugend natürlich leicht gefallen, dankend abzulehnen und an den Weltjugendfestspielen nicht teilzunehmen. Wieder einmal feierte das Sektierertum der KPÖ fröhliche Urständ, und wieder einmal schwammen die KJÖler im eigenen Saft (auch wenn sie laut eigenen Angaben aus den Bundesländern 50 Nichtmitglieder mithatten).

**Deine
Lebensversicherung
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 302

**Sommer-
und
Wintersport-
artikel**

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2
TELEFON: 56 57 533

Österreichs Justiz:

Blind?

Am 13. Juni 1973 wurde der neunzehnjährige, bisher unbescholtene Werner Matheis wegen Vergehens gegen den § 81 StG (Widerstand gegen die Staatsgewalt) zu zwei Monaten strengem Arrest verurteilt. Gleichzeitig wurde die Rechtswirkung auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Werner Matheis, hat an der Aktion von "offensiv links" am 12. Oktober 1972 in der Kärntner Straße in Wien teilgenommen: Durch die symbolische Entfernung einer Einbahn-Verkehrstafel sollte damals in der Öffentlichkeit der Widerspruch aufgezeigt werden zwischen dem Verhalten der Exekutive in Kärnten bei den Ortstafeldemontagen und in Wien, wenn der Versuch unternommen würde, eine Verkehrstafel zu entfernen.

Obwohl im Verlauf der damaligen Ortstafelzerstörungen Beamte der Gendarmerie etliche Male tätlich angegriffen wurden und die Täter durchwegs bekannt waren, wurde in Kärnten bis jetzt kein einziges Strafgerichtsverfahren eingeleitet.

Gegen das Urteil in Sachen Matheis wurde Berufung eingelegt. An Justizminister Broda wurde ein Gnadengesuch gerichtet in welchem es unter anderem heißt:

"Unabhängig davon, ob durch das Verhalten des Gnadenwerbers am 12. Oktober 1972 der Tatbestand des § 81 StG erfüllt wurde oder nicht, ergeben sich folgende Überlegungen:

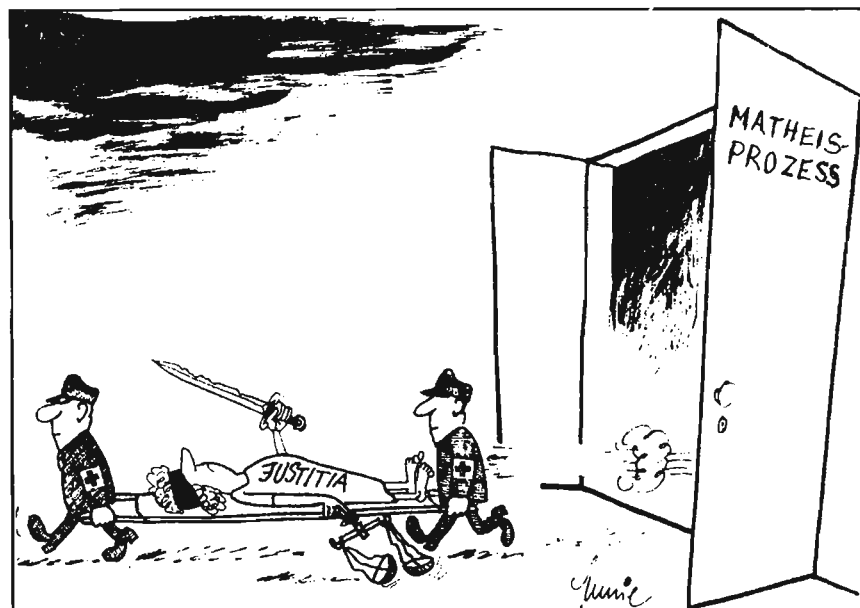
a) In Kärnten wurde anlässlich des "Ortstafelsturmes", obwohl eine Reihe der teilnehmenden Personen bekannt waren, weder eine Anzeige erstattet, noch von der Staatsanwaltschaft gegen

einen der Teilnehmer Anklage erhoben. Es steht fest, daß durch das Verhalten der Demonstranten in Kärnten nicht nur der Tatbestand des § 81 StG, sondern objektiv noch eine Reihe andere schwere Delikte (unter anderem auch Verbrechen) begangen worden sind.

b) In Wien wurde bei dem Versuch, das nach Meinung der Demonstranten unrichtige Verhalten der Behörde aufzuzeigen, durch die Polizei sofort eingeschritten und Anklage gemäß § 81 StG erhoben.

c) Im Zusammenhang mit den zweisprachigen Aufschriften an Ortstafeln sind derzeit lediglich zwei Strafverfahren anhängig, das Gegenständliche und ein Strafverfahren eines jungen Kärntner Slowenen, weil dieser die slowenische Ortsbezeichnung "Smohor" auf die Ortstafel von Hermagor geschrieben hat. Dieses Verfahren, wegen Übertretung der boshaften Sachbeschädigung, ist noch beim Bezirksgericht Leoben anhängig.

In der österreichischen Bevölkerung und im interessierten Ausland muß sich auf Grund dieses Umstandes die Meinung bilden, daß die österreichischen Behörden in der Frage des Minderheitenschutzes und der Erfüllung der staatsvertraglichen Verpflichtungen eine einseitige, gegen die Minderheiten gerichtete Stellung einnehmen. Unter Anklage werden nur jene Personen gestellt, die für die Rechte der Minderheiten eintreten. Jene Personen die mit Argumenten, die zum Teil aus der finstersten Zeit des Faschismus stammen und mit Forderungen, die zum Teil auf vollständige Vernichtung der Minderheiten hinauslaufen, gegen die Minderheiten und gegen die auf Grund des Staatsvertrages auferlegten Verpflichtungen auftreten, wird trotz objektiven Vorliegens von Verbrechenstatbeständen nicht eingeschritten."



SOLIDARITÄT MIT DER LIGUE COMMUNISTE ,

FRANZÖSISCHE SEKTION

DER VIERTEN INTERNATIONALE

Nach den Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter in Besançon und anderen Städten hat das gaullistische Regime einen neuen Schritt einer Repression unerhörten Ausmaßes gesetzt: Donnerstag, den 28. Juni 1973 wurde die LIGUE COMMUNISTE, die französische Sektion der IV. Internationale, verboten und gegen die Mitglieder des Politbüros dieser Organisation ein Haftbefehl erlassen.

Diese Maßnahme stellt einen schweren Angriff auf die politischen Rechte der fortschrittlichen und kommunistischen Bewegung dar und wird von uns aufs Schärfste verurteilt. Der Vorwand, den die Machthaber zur Rechtfertigung ihrer Aktion angeben ist mehr als faul; die Veranstalter einer rassistischen Hetzveranstaltung und jene, die dagegen protestieren können in keiner Weise auf die gleiche Stufe gestellt werden. Die Faschisten haben 1933-1945 genügend Zeit zur "freien Meinungsäußerung" gehabt, und der polizeiliche Schutz einer Veranstaltung "ordre nouveau" ("Neue Ordnung") stellt für alle antifaschistischen Kräfte eine ungeheure Provokation dar. Mit Befremden muß man feststellen, daß die Erben der Nazi in einem Land, mit einer der stärksten Widerstandsbewegungen in Europa, unter dem Schutz von Polizei und Militär stehen.

Die Maßnahmen gegen die LIGUE COMMUNISTE reihen sich ein in eine beispiellose Eskalation der Repression gegen Demokraten, Linke und Kommunisten in Europa. Die Auflösung der GUPS und GUPA, die Illegalisierungsbemühungen der Gruppe KPD in der BRD, zahllose faschistische Provokationen in Italien und verstärkter staatlicher Terror gegen alle fortschrittlichen Kräfte in Spanien, sind nur die markantesten Beispiele einer langen Kette von Repressionsmaßnahmen gegen die Revolutionäre und die Arbeiterbewegung insgesamt und gegen alle fortschrittlichen Kräfte. Die französische Regierung hat hier von Anfang an kräftig mitgemischt - ihre Komplizenschaft mit der francistischen Diktatur bei den Schritten gegen die ETA (Freiheitsbewegung der Basken), ist allgemein bekannt. Es hat sich wiederum gezeigt, daß die Repression gegen Ausländer nur eine Vorstufe für Unterdrückungsmaßnahmen im eigenen Land sind.

Der Repression in Europa werden alle fortschrittlichen Kräfte mit aller Entschiedenheit, geschlossen entgentreten!

CISNU FÖJ GRM KB MLS VSM/VMA/VMS

WIR SOLIDARISIEREN UNS MIT DER LIGUE COMMUNISTE !

WIR FORDERN: SOFORTIGE AUFHEBUNG DES VERBOTS DER LIGUE COMMUNISTE !

SOFORTIGE ENTHAFTUNG ALLER MITGLIEDER DER L. C. !

SOFORTIGE AUFHEBUNG DER HAFTBEFEHLE !

Solidaritätsflugblatt für die Ligue Communiste, daß am Tage nach dem Verbot in Wien verteilt wurde.



Süd- Vietnam

Auszüge aus dem Communiqué des "Comité sud-vietnamien pour la libération des patriotes et partisans de la paix"

Seit der Unterzeichnung der Pariser Verträge sucht die Thieu-Verwaltung ihre Verbrechen zu leugnen, und behauptet, daß es in Süd-Vietnam keine politischen Gefangenen gebe. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung erklärte Thieu bei seiner Romreise, daß es in Süd-Vietnam nur 21.000 gemeine Gefangene gebe und 5.081 Kommunisten. Am 2. Juli erklärte sein Außenminister erneut die "Nichtexistenz politischer Gefangener in Süd-Vietnam" gegen Anschuldigungen amerikanischer Kongreßmitglieder, internationaler Organisationen und gewissenhafter Journalisten aus aller Welt.

In Wirklichkeit gibt es in einigen Gefängnissen (Thu Duc, Chi Hoa, Tan Hiep) bereits 20.000 bis 28.000 Internierte. Ein Dokument der Saigoner Verwaltung vom Februar 1973 spricht von rund 10.000 politischen Gefangenen in der Anstalt von Poulo Condor. Dazu kommen über tausend örtliche Gefängnisse, die überfüllt sind.

Gleichzeitig behauptet die Thieu-Verwaltung, 59.000 ihrer Leute seien von der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Süd-Vietnams verhaftet, dann wieder, wie am 15. Juni 1973, 94.202, je nach Bedarf, mit dem einzigen Ziel, Gespräche über die Freilassung der politischen Gefangenen zu vereiteln.

Am 16. Februar 1973 unterschrieben 400 politische Gefangene ihre Entlassungspapiere. Kurz darauf wurden sie nach Poulo Condor gebracht. Während die Thieu-Verwaltung erklärt, Gefangene freizulassen, werden diese in Wirklichkeit in andere Gefängnisse überstellt.

Heute gibt es mehr als 200.000 Patrioten in den Gefängnissen Süd-Vietnams weil sie den Frieden wollen. Drei Tage nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge wurde das Regime in Poulo Condor verschärft. Tausende schmachteten in den sogenannten "Tigerkäfigen" und "Ochsenkäfigen". Im Lager 4 wurden 700 Häftlinge bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, um den Thieu-Agenten das Photographieren zu erleichtern und das Abnehmen der Fingerabdrücke auf den "Sammlungs"-Bewerbungen. Im Lager 8 wurden 600 Häftlinge in die Räume 1, 2, 3, 4, 5 und 8 gesperrt, nachdem man Fäkalien dort abgelagert hatte. Vier Tage blieben die Türen dicht; mehrere Personen erstickten.

Anfang Mai 1973 wurde ein Bataillon Landpolizei von Nguyen Van Vê, dem Verantwortlichen von Poulo Condor, wegen Grausamkeit verurteilt. Allein im Sektor b des Lagers 6 wurden in den Räumen 1, 2, 3 und 4 300 Tränengasgranaten geworfen. Dann wurden die Häftlinge niedergeknüppelt. In dieser Terrorwelle, die mehrere Tage dauerte wurden 14 Häftlinge getötet und 480 schwerverletzt. Hunderte wurden in Einzelhaft gebracht, in die "Tigerkäfige" und "Ochsenkäfige" in den Lagern 2 und 7.

Als alle Morde und terroristischen Maßnahmen nicht hinreichten, den Willen der Patrioten und aller Frieden und Gerechtigkeit Liebender zu brechen, schritt die Saigoner Verwaltung dazu, sie an einen der Öffentlichkeit unbekanntem Platz zu verschleppen, um sie dort zu liquidieren, unter der Devise "entschlossen und diskret handeln". Nach ersten Statistiken wurden 18.000 Häftlinge aus der Anstalt von West-Nambo mit unbekanntem Ziel verschleppt. Desgleichen aus dem Arbeitslager von Tan-Hiep 2.400 Gefangene, weitere tausende aus Poulo Condor, den Lagern 6, 7 und 8. Am 28. Jänner drohte der Direktor von Tan-Hiep alle jene zu liquidieren, die gegen die Saigoner Verwaltung gekämpft haben. Von März bis Mai 1973 wurden mindestens 20 Häftlinge ermordet und in den Fluß von Saigon geworfen. In der Nacht des 15. April wurden 25 weitere am Ufer des Flusses Ben Keo, im Dorf Long Yen, Kommune Long Thanh, Provinz Tay Ninh liquidiert.

Auf Grund einer Reihe faschistischer Gesetze übt die Thieu-Verwaltung einen terroristischen Druck auf die Bevölkerung der von ihr kontrollierten Gebiete aus, und die Zahl der aus politischen Gründen Verhafteten nimmt weiter zu. Nach Inkrafttreten der Pariser Verträge rief Thieu auf, alle von ihm als Kommunisten benannte "niederzumachen", ihnen "das Gehirn zu zerschlagen". Ab März 1973 gab es ein "Befriedungsprogramm" und "Säuberungen". Seine Agenten erklärten zynisch: "Feuereinstellung bedeutet nicht Einstellung der Verhaftungen".

Zwischen 28. Jänner und 15. Juli gab es an die 46.000 Polizeiaktionen, die Säuberungen betrafen 1.535.000 Personen, über 20.000 wurden verhaftet. Allein am 15. Juli gab es im Saigoner Gebiet 395 Polizeiaktionen mit 45.962 von der Säuberung Betroffene.

Die Gefängnisse und Lager sind überfüllt. Es ist klar, daß unter der Thieu-Verwaltung die elementarsten demokratischen Freiheiten erstickt werden, ohne Unterschied gegen alle Patrioten und Friedliebenden Terror und Verhaftung herrschen.

Dieses unmenschliche Vorgehen enthüllt ihre hinterhältige Absicht, alle Patrioten und oppositionellen Kräfte Süd-Vietnams zu liquidieren, um hier ein neokolonialistisches Regime der USA zu erhalten, in offener Verletzung der Artikel 8c und 11 der Pariser Verträge über Vietnam, der Artikel 1, 2, 6, 7 und 8 der angeschlossenen Protokolle und der Punkte 8a, 8b und 9 des Communiqués vom 13. Juni 1973.

Während also die Provisorische Revolutionsregierung der RSV, angeleitet vom Geiste der Versöhnung und der nationalen Eintracht, weiterhin die Erfüllung der Pariser Verträge über Vietnam gewissenhaft betreibt sowie die Erfüllung des Communiqués über die Übergabe des zivilen und militärischen Personals, trachtet die Saigoner Verwaltung noch immer, sich diesen unbedingten Forderungen der Bevölkerung zu widersetzen.

Um das Leben von zehntausenden Landsleuten zu retten, die in den finsternen Kerkern der Thieu-Verwaltung leben, klagt das "Süd-Vietnamesische Komitee zur Befreiung der von Saigon festgehaltenen Patrioten und Freunden des Friedens" diese Winkelzüge eines verbrecherischen Regimes vor der vietnamesischen und internationalen Öffentlichkeit laut an.

Wir fordern nachdrücklich, daß die Vereinigten Staaten und die Saigoner Verwaltung ernsthaft die von ihnen unterzeichneten Pariser Verträge erfüllen, daß sie ihre Verbrechen gegen Patrioten und Friedliebende sofort aufgeben, alle restlichen Mitglieder des zivilen und militärischen Personals rasch der Provisorischen Revolutionsregierung der RSV übergeben, gemäß der Vereinbarung der Pariser Verträge über Vietnam und des gemeinsamen Communiqués vom 13. Juli.

Süd-Vietnam, am 24. Juli 1973

Bericht

über die aktuelle Arbeit im Österreichischen Nationalkomitee für Vietnamhilfe (ÖNK)

Am 10. Juli 1973 fand die letzte Vollversammlung des ÖNK statt. Sie war ursprünglich für den 3. Juli einberufen gewesen, doch wurde bei dieser ersten Sitzung, die statutenmäßige Nicht-Beschlußfähigkeit, festgestellt, da weniger als die Hälfte der Mitgliedsorganisationen vertreten waren.

Gemäß den Statuten und der Geschäftsordnung, war die für 10. Juli wieder einberufene Sitzung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Organisationsvertreter beschlußfähig.

Erstmals in der Arbeit der ÖNK wurden von verschiedenen Organisationen konkrete Hilfsprojekte vorgelegt, und zwar ein Projekt im Werte von S 141.500,- für medizinische Geräte für das "Zentrum für Mutter und Kind" in Hanoi vom Bund demokratischer Frauen Österreichs (BDF), ein später zurückgezogenes Projekt der Österreichischen Sektion von Amnesty International (Betreuung entlassener politischer Gefangener in Südvietnam), sowie etliche Projekte der Caritas bzw. des Diakonischen Werkes.

Das erstgenannte Projekt des BDF wurde einstimmig beschlossen. Als nächstes wurden die Projekte des Diakonischen Werkes für Nordvietnam (Beteiligung am Wiederaufbau des Kinderspitals Hai Phong und Notunterkünfte für Familien) ebenfalls einstimmig angenommen.

Für Südvietnam hatten die Caritas und das Diakonische Werk (DW) eine weitaus grössere Zahl von Projekten vorgeesehen, und diese nur in von der "Thieu-Clique" kontrollierten Gebieten.

Die schwierige Lage der fortschrittlichen Kräfte im ÖNK will ich im folgenden kurz erläutern:

Man erinnere sich daran, unter welchen Voraussetzungen und unter welcher Zielvorstellung die BfS seinerzeit in das ÖNK eintrat. Auf Grund der Zusammensetzung sind die fortschrittlichen Kräfte im ÖNK in der Minderheit. Wie schon bei der Diskussion um die politische Plattform war es für uns wieder notwendig, unsere Argumentation danach auszurichten. Für uns als Linke ist es klar, daß Projekte in von "Thieu" kontrollierten Gebieten abzulehnen sind. Eine politische Argumentation in dieser Richtung hätte jedoch bei der Mehrheit der Mitgliedsorganisationen keinen Erfolg gehabt. Dies zeigte sich schon am Verlauf der Diskussion: nachdem die ersten Projekte für Südvietnam vorgelegt worden waren, erwarteten

sich die meisten eine kritiklose Zustimmung. Die Vertreter von "offensiv links" und BFS versuchten als einzige, gegen diese Projekte zu argumentieren. Von seiten der rechten Ecke des ÖNK, vom Verband Marianischer Studentenkongregationen, kam sofort der Antrag auf "Schluß der politischen Debatte und Abstimmung der Projekte". Dieser Antrag wurde relativ knapp abgelehnt. Daraufhin entwickelte sich eine stundenlange Diskussion über die Projekte im Süden, wobei unsere Vertreter von praktisch niemandem Unterstützung hatten, sieht man von einigen wenigen, schüchternen Wortmeldungen einiger KP-Organisationen ab, und gegen die Phalanx von Caritas, DW, und konservativen Organisationen kämpfen mußten. Trotzdem gelang es uns zu erreichen, daß über die Hälfte der Projekte für Thieu-Gebiete zurückgestellt wurde. Die verbliebenen Projekte wurden ohne die Stimmen der BFS-OL, jedoch mit den KP-Stimmen beschlossen. Nach Ende der Diskussion erklärten die Genossen Podolsky (KJÖ) und Schwager (BDF) sie wären genau unserer Meinung, aber "es sähe eben nicht gut aus" gegen caritative Projekte zu stimmen.

Die Lehren aus dieser Diskussion waren für uns die folgenden:

1. Unsere Kenntnisse über die Vorgänge in Südvietnam müssen schleunigst erweitert werden, schon darum, um fundierter gegen Projekte in Thieu-Gebieten argumentieren zu können.
2. Es wäre unbedingt erforderlich, selbst als Organisationen Projekte für die befreiten Gebiete Südvietnams einzubringen.

Aus diesem Grunde wurde beschlossen, daß eine Delegation der BFS zu einem Gespräch mit den Vertretern der Demokratischen Republik Vietnam nach Budapest fahren solle.

Am 28. Juli trafen wir vormittags mit Nguyen Khac Duy in der Botschaft der DRV in Budapest zusammen. Im Laufe dieses Gesprächs informierten wir zunächst die vietnamesischen Genossen über das ÖNK und unsere Rolle in diesem. Die Vietnamesen waren sehr interessiert, vor allem was die Rolle der Sozialdemokratie und ihrer Organisationen im ÖNK betrifft. Bezüglich unserer Bitte um Informationen über die Lage im Süden und über Projekte vermittelten sie uns ein Gespräch mit den Vertretern der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams am selben Nachmittag. Außerdem versprachen sie uns, genaue Informationen über die durch die US-Bombardements hervorgerufenen Zerstörungen in der DRV zukommen zu lassen.

Bei den Gesprächen mit den südvietnamesischen Genossen gab es für uns konkretere Ergebnisse. Die Genossen wiesen uns mit aller Eindringlichkeit darauf hin, daß die Hilfe für die befreiten Gebiete des Südens unerläßlich sei, und verliehen außerdem ihrer Meinung Ausdruck, daß alle Hilfe an Organisationen, die in den Thieu-Gebieten arbeiten, in irgendeiner Form der Thieu-Clique zugute komme, da es unwahrscheinlich ist, daß in diesem faschistischen System jemand etwas ohne Thieus Zustimmung tun könne.

Eines dieser konkreten Projekte könnte ein Spital mit 200 Betten in An Loc sein. Die Kosten würden sich auf rund 5 Millionen Schilling belaufen. Das Ministerium für soziale Angelegenheiten der PRR Südvietnams hat sich zur Aufgabe gestellt 30 solcher Spitäler neu- oder wiederaufzubauen. Dies ist notwendig da in den befreiten Gebieten fast alle

Spitäler und auch sonstige soziale Einrichtungen zerstört wurden. Im Gegensatz dazu hat die Nationale Befreiungsarmee solche Einrichtungen in den "Thieu-Gebieten" weitgehendst geschont. Schon aus diesem Grund müßte das Schwergewicht der Hilfeleistungen des ÖNK in die befreiten Gebiete gelegt werden.

Die Partnerorganisation wäre für uns das südvietnamesische "Komitee für den Frieden", das dem "Roten Kreuz" in der DRV entspricht und mit der PRR Südvietnams zusammenarbeitet.

Außerdem übergaben uns die Vietnamesen ein Dokument über die Lage der politischen Gefangenen in den Thieu-Gebieten (Übersetzung in dieser Nummer). Die Genossen verwiesen uns bezüglich konkreter Projekte in den befreiten Gebieten an das zuständige Ministerium der Provisorischen Revolutionsregierung.

Übereinstimmend erklärten die Genossen aus Nord- und Südvietnam ihr Interesse an der Fortdauer des Kontaktes mit uns und halten unseren Verbleib und unsere Politik im ÖNK für richtig.

Für unser weiteres Auftreten im ÖNK ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Einbringung von Projekten für die befreiten Gebiete.
2. Zustimmung zu Projekten in Thieu-Gebieten ist wenn überhaupt nur aus taktischen Gründen möglich.
3. Die BFS hat die Aufgabe übernommen, im Namen des ÖNK eine Vietnam-Matinee im Herbst zu organisieren. Diese Matinee soll unter das Motto "Hilfe für die befreiten Gebiete" gestellt werden.

Mario Perathoner

DER BESINNLICHE

Ich will nicht schlachten
drum wird weitergeschlachtet

Ich will nichts Böses tun
drum tu ich nichts Gutes

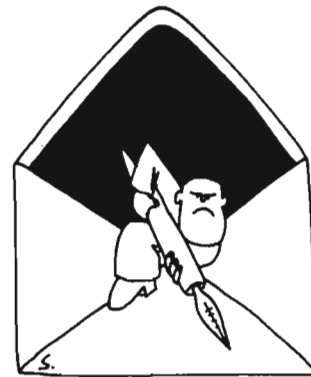
Ich will nicht mitmachen
drum mache ich nichts dagegen

Ich will von nichts wissen
drum ist meine Unwissenheit verwendbar

Ich will untätig sein
drum tut man mit mir was man will

Erich Fried

Briefe



Liebe Genossen!

In der Nr. 53 der Aspekte wurde von Genossen Brunner die Argumente der FÖJ - Bewegung für Sozialismus am Nationalkomitee teilzunehmen zusammengefaßt. Die Begründung stützt sich vor allem auf den Erfolg bei der Durchsetzung der Plattform, die sicherlich nicht im Sinne der Rechten und der Parteisozialisten ist. Ohne die Gefahren einer Aktivität in so breiten organisatorischem Rahmen zu verniedlichen führt Brunner dann drei Argumente für ein Verbleiben im Nationalkomitee an: einen karitativen, eine teilweise leichtere Öffentlichkeitsarbeit durch den halboffiziellen Charakter und das Vorantreiben von Differenzierungsprozessen.

Diese Argumente sind alle berechtigt, jedoch müssen auch andere Überlegungen in Betracht gezogen werden, die das ganze Problem in anderem Licht erscheinen lassen.

Das Nationalkomitee ist ein Teil der Strategie der SP-Spitze, um "mit der Jugend ins Gespräch zu kommen". Das hat eindeutig nur ein Ziel: Die Bindung oppositioneller Kräfte. Diese Bindung kann auch nicht durch eine Plattform wettgemacht werden, die der bisherigen Politik der SP-Führung widerspricht. Es war zu dem ein Versuch Kreiskys doch etwas für Vietnam getan zu haben, nachdem er noch im Jänner (?) 1973 eine Resolution der Sozialistischen Internationale gegen Amerika verhindert hat. Wenn Linke nun als Nationalkomitee auftreten und den halboffiziellen Charakter dieses Komitees ausnützen, wie das von Genossen Brunner befürwortet wird, wird die Argumentation gegen den österreichischen Kapitalismus und seine staatlichen Repräsentanten schwer, wenn nicht sogar manchmal ungläubwürdig. Solidarität mit dem vietnamesischen

Volk heißt in Österreich vor allem Kampf für den Sozialismus. Das ist sicherlich abstrakt, heißt aber in der heutigen Situation zumindest, daß man der Regierung kein Alibi verschafft. Da es nicht mehr um eine liberale Massenbewegung geht, wie das sicherlich der Kampf für die Beendigung des Krieges erfordert hat (vor allem in den USA) bekommen Kompromisse einen anderen Charakter. Waren ursprünglich Massendemonstrationen verbunden mit Anforderungen den Krieg zu beenden eine Unterstützung vor allem der amerikanischen Anti-Kriegsgruppen, so können Aktivitäten dieser Art heute, nach dem offiziellen Ausscheiden Amerikas aus dem Krieg und dem damit verbundenem Niedergang der linken Opposition innerhalb Amerikas, kaum mehr Erfolge erzielen. Aus diesem Grund muß sich der Charakter einer Solidaritätsaktion ändern. Jetzt muß man genau differenzieren. Diese Differenzen drücken sich aber nicht nur in Resolutionen aus, weil deren Unterschiede oft nur denjenigen auffällt, die des linken Jargons mächtig sind.

Unterschiedliche Haltung zum Vietnam-Krieg, sind meist Ausdruck einer unterschiedlichen Haltung zum österreichischen Kapitalismus. Wir müssen z. B. genau aufzeigen, daß der Vietnam-Krieg nicht bloß das Resultat einer falschen Politik Amerikas ist, sondern Ausdruck des Imperialismus, und daher Österreichs Haltung nicht nur eine "Schweinerei" war. Daher kann es auch jetzt keine umfassende organisatorische Einheit zum Vietnam-Krieg geben. Mit Gruppen, die die Regierungspolitik unterstützen, bzw. diese von rechts kritisieren, kann man nicht in einem Komitee sitzen, will man nicht karitativ bleiben, was ja auch die FÖJ nicht beabsichtigt.

Peter Rosner

Antwort an Genossen Rosner:

"Sind Sie dafür? Wenn ja, warum nicht?" Beim Lesen Deines Briefes, Genosse Rosner, fiel mir dieser alte Witz ein. Zu Beginn Deiner Ausführungen anerkannt Du die Berechtigung unserer Argumente für die Mitarbeit im Nationalkomitee um dann, ohne den Versuch zu machen auf diese näher einzugehen, nach Aufzählung einiger grundsätzlicher Schwierigkeiten der Bündnispolitik, eben diese Mitarbeit rundweg abzulehnen.

Bitte, da komme ich nicht mit. Dort wo Du konkret wirst (Jetzt muß man genau differenzieren...) endet auch schon Dein Brief. Das Problem liegt eben in der Frage: wo finden wir eine Ebene, ein Tätigkeitsfeld, das von der Öffentlichkeit registriert wird, um die notwendige Differenzierung voranzutreiben.

Fest steht meiner Meinung nach eines: wenn wir das Nationalkomitee den SPÖ-, Caritas- und reaktionären Gruppen überlassen, dann kann Kreisky sich und den seinen auf die Schulter klopfen und den Spruch von den "Linksradikalen, denen es nur um den Kra-wall geht", glaubwürdiger als bisher verbreiten. Oder glaubst Du, daß man der Verschleierungstaktik der SPÖ wirksamer mit der Bildung eines lupenreinen linken Indochinasolidaritätskomitees, auf der Basis der Vorantreibung des Klassenkampfes im eigenen Land, entgegen wirken könnte? Sanft entschlafene Versuche der ML-Gruppen, zeigen wohin dies in der heutigen Situation führt; in die Isolation.

Herbert Brunner

